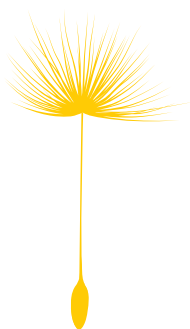


Harald Mahrer (Hrsg.)

Freiheit.
Verantwortung.
Solidarität.
Chancengerechtigkeit.
Ehrlichkeit.



Wir sind dafür.

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG

Harald Mahrer (Hrsg.)

Solidarität.

Wir sind dafür.

JULIUS RAAB STIFTUNG

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2012 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung
Grafik und Satz: Gull + Company GmbH, dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503255-4-6



Vorwort - Für mehr Solidarität

Harald Mahrer

Seite 9

Solidarität und Verwundbarkeit

Clemens Sedmak

Seite 13

Solidarität auf dem Prüfstand

Peter Ulram

Seite 23

Solidarität ist mehr

Harald Mahrer

Seite 29

Hilfe zur Selbsthilfe

Elisabeth Anselm

Seite 39

Solidarisch reformieren

Peter Lehner

Seite 47



**Generationengerechtigkeit braucht
Strukturreformen**

Therese Niss

Seite 55

Solidarität braucht Eigenverantwortung

Peter McDonald

Seite 61

Zu gut geschützt

Franz-Joseph Huainigg

Seite 69

Gemeinsam Europa

Othmar Karas

Seite 77

Lehrmeister für nachhaltige Balance

Thomas Goiser im Gespräch mit Josef Riegler

Seite 83



Den Heimatlosen Heimat geben
Thomas Goiser im Gespräch mit Cecily Corti
Seite 89

Autorenporträts und Interviewpartner
Seite 95



Vorwort – Für mehr Solidarität

„Die menschliche Gesellschaft gleicht einem Gewölbe, das zusammenstürzen müßte, wenn sich nicht die einzelnen Steine gegenseitig stützen würden.“ Lucius Annaeus Seneca

Es ist kein Zufall, dass „Solidarität“ integraler Bestandteil des Wertekanons der Sozialen Marktwirtschaft ist – und von der Julius Raab Stiftung als „Hüterin“ dieses Wertekanons auch offensiv vertreten wird. Der Wert der Solidarität ist existenziell für unser Zusammenleben. Er verweist auf die Dependenz zwischen Individuum und Gemeinschaft: Wir leben nicht im luftleeren Raum und auch nicht für uns allein.

Die intensive Auseinandersetzung mit dem Wert der Solidarität ist heute auch deshalb so dringend geboten, weil er oft als Gegenwert zu wirtschaftlicher Tätigkeit gesehen bzw. inszeniert wird. Das aber ist grundfalsch. Das Wirtschafts- und Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft verweist auf die Voraussetzungsabhängigkeit der Realisierung von Solidarität. Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft sind die unverzichtbaren Voraussetzungen für institutionell verbürgte Solidarität. Wer weniger Freiheit fordert, kann nicht mit mehr Solidarität rechnen. Wer Leistung als Wert infrage stellt, sägt am Ast, der unseren Solidar- und Sozialstaat trägt.

Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Essay-Band der Julius Raab Stiftung den Wert der Solidarität in die richtigen Kontexte – und zeigt, wie wir Solidarität für die Zukunft neu und besser verstehen müssen. Und dabei ist eines klar: Den Wert

der Solidarität hat niemand gepachtet. Er muss klug und richtig erarbeitet werden. Genau das unternehmen hochkarätige Autorinnen und Autoren in diesem Essay-Band.

Der renommierte Sozialethiker Clemens Sedmak beschäftigt sich mit den Grundlagen und der Einlösbarkeit von Solidarität. Der Politikforscher Peter A. Ulram betont die Wechselseitigkeit des Werts der Solidarität. In meinem persönlichen Beitrag möchte ich ein paar Gedanken für eine neue, bessere Praxis der Solidarität in der Sozialen Marktwirtschaft mit Ihnen teilen. Hilfswerk-Geschäftsführerin Elisabeth Anselm erklärt, warum der Staat die Gesellschaft nicht ersetzen darf. Solidarität mit Blick auf die Zukunft und daher mit Blick auf Reformen in der Gegenwart diskutieren Peter Lehner und Therese Niss in ihren Beiträgen. Abgeordneter zum Nationalrat Franz-Joseph Huainigg warnt vor zu gutem Schutz von Menschen, die Solidarität benötigen, während der geschäftsführende Obmann der SVA, Peter McDonald, deutlich macht, wie Solidarität im Gesundheitssystem buchstabiert und gelebt werden muss. Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, argumentiert in seinem Beitrag den Wert der Solidarität im europäischen Kontext. In Interviews mit Thomas Goiser geben Cecily Corti (VinziRast) und Vizekanzler a.D. Josef Riegler Auskunft über ihr besonderes Verständnis von Solidarität.

In diesem Sinn: Geben wir richtig verstandener Solidarität eine sichere Zukunft!

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Julius Raab Stiftung

Solidarität und Verwundbarkeit

Über Grundlagen und Einlösbarkeit von Solidarität

Clemens Sedmak

Solidarität bezieht sich auf gemeinschaftsfördernde Formen des Handelns; unter Solidarität kann die Bereitschaft verstanden werden, anderen Menschen im Bedarfsfall beizustehen. Diese Bereitschaft beruht häufig auf Überzeugungen von Zugehörigkeit und Gleichheit (Letztere etwa auf der Basis von geteilten Merkmalen oder geteilten Zielen). Solidarität ist Ausdruck des sozialen Zusammenhalts, der sozialen Kohäsion. Die begriffsgeschichtlichen Wurzeln von Solidarität im römischen Recht („obligatio in solidum“) sprechen bekanntlich eine Haftungskonstellation an, derzufolge ein Einzelner eine Schuld einer Gesamtheit, der er angehört, zu übernehmen hat. Hier wird „Mitverantwortlichkeit aufgrund von Zugehörigkeit“ ausgedrückt. Andreas Wildt als einer der prominentesten Theoretiker zum Solidaritätsbegriff hat Solidarität als „engagierte Handlung oder Handlungsbereitschaft eines Akteurs gegenüber einem Rezipienten“ charakterisiert, wobei die beiden durch Gefühle der Zusammengehörigkeit miteinander verbunden und die Motive des Akteurs wenigstens teilweise altruistisch sind.

Inklusiv und exklusiv

Auf dieser Basis lohnt es sich, einige Eckpunkte von Solidarität festzuhalten: Solidarität hat erstens sowohl kognitive als auch affektive Anteile, sie ist also sowohl mit Überzeugungen als auch mit Gefühlen verbunden. Solidarität als „strukturierte“ Handlungsbereitschaft wirkt zweitens sowohl inklusiv als auch exklusiv, weil sie abgestuft ist und in Form unterschiedlicher Solidaritätsverpflichtungen (je nach Gegenüber) auftritt. Drittens ist Solidarität mit Blick auf einen Akteur nicht eine einzige und einheitliche Handlungsbereitschaft, sondern ein Bündel von Hand-

lungsbereitschaften, weil sich im Spektrum von moralischen Verpflichtungen eines einzelnen Menschen oder einer Gruppe eine ganze Reihe von Solidaritäten finden lassen. Viertens: Solidarität hat eine bestimmte „Reichweite“ und eine bestimmte „Tiefe“ – hier können wir fragen: Wer wird wie von einer Solidaritätsverpflichtung umfasst? Ähnlich wie die Liebe kann auch die Solidarität als Quelle von Handlungsgründen angesehen werden. In diesem Sinne strukturiert Solidarität auch den Raum der „Sorge und Verantwortung“ von Menschen. Freilich: Solidarität wird in der Regel aufgrund ihrer rechtlichen Implikationen (Loyalität) von Barmherzigkeit unterschieden.

Strapazierter Solidaritätsbegriff

Heute wird Solidarität in der wohlfahrtsstaatlichen und der europäischen Praxis eingefordert, um dadurch die Sozialversicherung oder die finanzielle Unterstützung angeschlagener Staaten zu motivieren. Dadurch wird der Solidaritätsbegriff insofern strapaziert, als man ein Motiv, das in der Nachbarschaftshilfe funktionieren mag („du trägst zur Gemeinschaft bei, dann trägt dich die Gemeinschaft“), auf stets größere und abstraktere Gebilde überträgt. Solidarität wird hier weniger als lebendige Handlungsbereitschaft auf der Basis von Gleichheit, Zugehörigkeit und Bedürftigkeit abgerufen, sondern als abstrakte Einrichtung zur Handlungskoordination auf systemischer Ebene. Harald Klindworth und Wiebke Schröder haben eine Studie über die Verwendung des Solidaritätsbegriffs in der wissenschaftlichen Literatur von 1990 bis 2009 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt. Darin wird u.a. die Bedeutung des Solidaritätsbegriffs als Kampfbegriff untersucht: „Die klassische Arbeitersolidarität kommt in Zusammenhang mit gewerkschaftlicher und Betriebsratsarbeit vor. Für den Erfolg von Streiks wiederum wird auf die Solidarität in der Öffentlichkeit verwiesen.“ Solidarität werde in vielen Zusammenhängen als existenziell für Sozialpolitik und Rechtsordnung überhaupt angesehen. Träger von Solidarität sind aber nicht nur Einzelne oder Gruppierungen oder Verbände, sondern auch Staaten insgesamt, gerade im Zusammenhang mit Klima-

und Menschenrechtsfragen. Freilich: „Prominent ist die Bezeichnung von Verhalten als solidarisches im Zusammenhang mit der Familie. Wenn Familienmitglieder soziale und ökonomische Probleme ihrer Angehörigen auffangen, dann ist dies Ausdruck von Solidarität.“ Wiederum stoßen wir auf das Phänomen, dass ein lebensweltlicher Mikrokontext der Familie Intuition und Motivation für Solidarität auf systemischer, ja globaler Ebene zu leisten hat. Damit verschärft sich die Frage nach Grundlage und Einlösbarkeit von Solidarität. Eben dieses Fundament ist in Zeiten einer Krise von besonderer Bedeutung.

Solidaritätsappell und Solidarisierung

In Zeiten einer Krise zeigen sich in Bezug auf Solidarität nämlich zwei Bewegungen, die einander wechselseitig herausfordern: Zum einen ein Appell an Solidarität und eine Einsicht in die Bedeutung von Solidarität angesichts der wachsenden Zahl von Menschen, die durch die Gemeinschaft abgesichert werden müssen; zum anderen eine Entsolidarisierungsbewegung, die vor allem auch durch Angst und Unsicherheit genährt wird. Diese Frage nach dem, was Solidarität trägt, und nach dem, was Solidarität raubt, ist in krisenhaften Zeiten von besonderer Bedeutung. Ich sehe drei wesentliche Solidaritätsräuber – (i) Angst, (ii) die Illusion von Ungleichheit und (iii) die Illusion von Unabhängigkeit. Angst untergräbt Solidarität, weil Menschen durch die Angst „in sich selbst verkrümmt werden“, um ein Wort Luthers zu verwenden; Irène Némirovsky hat diesen Entsolidarisierungseffekt von Angst in ihrem Roman „Suite française“ beschrieben, der die Besetzung Frankreichs durch Deutschland schildert. Ehemals großzügige und wohlthätige Familien kümmern sich in dieser Situation mehr und mehr nur mehr um sich selbst. Die Illusion von Ungleichheit ist ein Solidaritätsräuber, weil Menschen sich anderen Menschen, die als ungleich eingeordnet werden, fern fühlen. Jean-Jacques Rousseau ist diesem Phänomen in seinem Roman „Émile“ nachgegangen – warum haben die Reichen so wenig Mitgefühl mit den Armen? Antwort: Weil sich die Reichen den Armen nicht nahe fühlen und der Ansicht sind, die

Armen wären andere Menschen, die ganz andere Bedürfnisse hätten. Die Illusion von Unabhängigkeit ist ein Solidaritätsräuber, weil Menschen, die der Meinung sind, nicht auf Hilfe anderer angewiesen zu sein, einen wesentlichen Motivationsgrund zur solidarischen Hilfeleistung („Ich trage zur Gemeinschaft bei, weil mich die Gemeinschaft im Bedarfsfall tragen wird“) einbüßen und den angesprochenen Bedarfsfall leugnen. So gesehen wirkt das Sprichwort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ solidaritätsschwächend. Wir entziehen uns motivationale Grundlagen moralischen Handelns, wenn wir die Ungleichheit zwischen Menschen im Vergleich zur Gleichheit überakzentuieren. Umberto Eco hatte in seinem Briefwechsel mit Kardinal Martini nicht von ungefähr auf die Bedeutung dieser Gleichheit („ich erkenne mich selbst im anderen“) als Grundlage der Moral und als Motiv einer säkularen Moralbegründung hingewiesen.¹

Vertrauen und Zusammenhalt

Nun ist aber in aller Deutlichkeit zu sagen, dass wir uns eine Entsolidarisierung nicht leisten können; schon gar nicht in einer Krise. Warum? Wir müssen in einer Krise die „intangible Infrastruktur“ einer Gemeinschaft stärken, wenn die tangible Infrastruktur nachlässt. Anders gesagt: Wenn Ressourcen knapp werden, muss die Fähigkeit, mit Ressourcen gut umgehen zu können, gesteigert werden. Wenn die tangible Infrastruktur bedroht ist, müssen die Ressourcen für die intangible Infrastruktur stärker bemüht werden; hier haben wir es vor allem auch mit den Ressourcen von „Vertrauen“ und „Zusammenhalt“ zu tun.² Wenn „Vertrauen“ und „Zusammenhalt“ ausgehöhlt werden, sind auch soziale Stabilität und sozialer Frieden geschwächt. Und das kann langfristig enorme moralische Kosten und auch ökonomische Kosten aufwerfen. Hinzu kommt, dass Entsolidarisierung dazu führt, dass Menschen aus einer Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Dies wiederum führt zu einem Verlust an Fähigkeiten, an sozialen Beiträgen und moralischen Motivationen, wodurch die Gemeinschaft gefährdet wird.

¹ vgl. Eco (1999). Ecos einschlägiger Brief zur Moralbegründung ist der letzte in dieser Sammlung.

² Zum Begriff der intangiblen Infrastruktur vgl. Sedmak (2011): 41-51

Amartya Sen hat seinerzeit in einem Beitrag für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) auf die Kosten von Arbeitslosigkeit hingewiesen. Sie umfassen ökonomische, soziale, psychologische, gesundheitliche und moralische Aspekte. Entsolidarisierung läuft auf einen neuen Sozialvertrag hinaus. Dieser hat auch eine psychologische Komponente („psychologischer Vertrag“). Wenn wir an diesen Schrauben drehen, können die Grundlagen der Gemeinschaft brüchig werden. Das kann auf Dauer und im Ganzen betrachtet neben den moralischen Aspekten zu einer echten Überlebensfrage werden. Solidarität stärkt Vertrauen und Sicherheit. Unsicherheit kostet – wie wir alle nach dem 11. September 2001 erfahren haben – sehr viel Geld.

Verwundbarkeit

Ich möchte nun einen Aspekt von Solidarität einführen, den ich für zentral in der Begründung einer Solidaritätskultur ansehe und der auch in den gängigen Begründungen für den Sozialvertrag³ eine Schlüsselrolle spielt: den Begriff der Verwundbarkeit. „Anerkennung von menschlicher Verwundbarkeit“ ist m.E. der Schlüssel zur Solidarität. Ich werde drei Fragen stellen: (i) Was ist Verwundbarkeit? (ii) Was bedeutet es, Verwundbarkeit anzuerkennen? (iii) Welche Bedeutung hat die Anerkennung von Verwundbarkeit für eine Kultur von Solidarität?

(i) Verwundbarkeit ist mehr als ein Wissen, „dass etwas passieren könnte“. Verwundbarkeit als „capacity to be wounded“ meint „existenzielles Wissen um Anfälligkeit für Wunden“; anders gesagt: ein tief greifendes Wissen um die Möglichkeit, dass eigene Integrität beschädigt wird. Verwundbarkeit ist Wissen um die Vorläufigkeit unserer Identität.⁴ Verwundbarkeit ist die Einsicht, dass das, was unsere Identität ausmacht, beschädigt oder zerstört werden kann. Verwundbarkeit ist ein Wissen um das Menschsein, dessen allgemeine Lebensrisiken nicht auf null reduziert werden können und das „exposure to contingencies and

³ Dazu zum Beispiel: Gauthier (1997): 132-158

⁴ Dieser Zugang wird klar dargestellt in: Delor (2000): 1557-1570

stress“ aufweist. Wir können uns gegen diese Risiken zwar zu schützen suchen – und diese Strategien der Risikominimierung sind ungleich verteilt und Ausdruck sozialer Positionen –, aber eben nicht vollständig und andauernd. Es gibt keine Versicherung gegen das Auftreten von Demenz, gegen das Involviertwerden in Autounfälle, gegen das Eintreten von Naturkatastrophen.

(ii) Was bedeutet es, Verwundbarkeit anzuerkennen? Wenn jemand weiß, dass das menschliche Leben grundsätzlich nicht risikofrei gelebt werden kann, dass unsere Identität grundsätzlich vorläufig ist und wir uns stets in Situationen befinden können, in denen unsere Abhängigkeit von anderen Menschen tiefer und direkter sichtbar wird (etwa Pflegebedürftigkeit nach einem Schlaganfall), dann wird man mit einer gewissen Demut und mit einer grundsätzlichen Bereitschaft, Lebensrisiken anderer Menschen mitzutragen, durchs Leben gehen. Wer Arno Geigers Schilderung seines demenzkranken Vaters („Der alte König in seinem Exil“) gelesen hat und sich vorstellen kann, dereinst auch mit dieser Verwirrung und Angewiesenheit das eigene Leben zu beschließen, der wird sich leichter zum Gedanken motivieren können, dass wir alle verwundbare Wesen sind, die aufeinander angewiesen sind. Natürlich sind, wie gesagt, die Verwundbarkeiten ungleich verteilt. William Vollmann hat in seinen Studien über Armut „accident proneness“ als ein Charakteristikum von Armut festgestellt. Dennoch kann niemand sein Leben jenseits der Verwundbarkeit einrichten. Ironischerweise kann man dies gerade auch am Leben des Friedrich Nietzsche zeigen, der auf seine Weise ein Plädoyer für Unverwundbarkeit gegeben hat. Diese solidaritätsfördernde Einstellung kann weniger durch abstrakte Prinzipien als durch konkrete Erfahrungen in der Lebenswelt eingeübt werden. Anders gesagt: Wenn wir an einer solidarischen Gesellschaft bauen wollen, müssen wir Zugang zu Erfahrungen von Verwundbarkeit erschließen.

(iii) Welche Bedeutung hat die Anerkennung von Verwundbarkeit für eine Kultur von Solidarität? Antwort: Wir leben dann leichter „mit Blick auf andere“. Wir können unser Leben nicht

mehr unabhängig von anderen positionieren. Anders gesagt: Verwundbarkeit führt zu einem Denken in der zweiten Person. Die Perspektive der zweiten Person nehmen wir ein, wenn wir Ansprüche und Anerkennungen in Bezug auf eine andere Person formulieren, wenn wir unser Verhalten auf das Verhalten einer anderen Person abstimmen, von der wir auch wissen, dass sie ihr Verhalten auf unser Verhalten abstimmt. Wir könnten auch so sagen: Die Perspektive der zweiten Person liegt dort vor, wo sich zwei Subjekte als Quellen von Ansprüchen, als Ursprünge von Normativität anerkannt haben. Das ist ein Schlüssel für Solidarität. Wenn wir Erfahrungen in der zweiten Person machen, eignen wir uns neues Wissen an – und auch eine neue Form der Selbstwahrnehmung. Wer schon einmal einen sterbenden Menschen begleitet hat, kann das gut nachvollziehen. Als mein Vater starb, haben die letzten Tage des Lebens meines Vaters, der fünf Jahre zuvor einen Schlaganfall erlitten hatte, nicht nur meine Sicht von Welt und Leben, sondern auch mein Selbstverständnis verändert. Und auch meinen Blick auf die Gesellschaft. Durch eine neue Tiefe des Wissens um Verwundbarkeit stellt sich neu die Frage, worum es denn eigentlich geht in diesem Leben. Michael Schophaus, ein erfolgreicher Journalist, dessen Sohn Jakob im vierten Lebensjahr an Krebs verstarb, stellte sich in seinem Buch über Leben und Sterben seines Sohnes die Frage: „Warum musste er erst an Krebs erkranken, damit ich die Bedeutung von Leben verstand?“

Literatur

Chambers, R. (1983):

Rural Development: Putting the last first.

London: Longman Scientific and Technology Publications

Delor, F.; Hubert, M. (2000):

Revisiting the concept of „vulnerability“.

in: Social Science and Medicine. Ausgabe Nr. 50 1557-1570

Darwall, S. (2006):

The Second Person Standpoint: Morality, Respect and Accountability.

Harvard University Press

Eco, U.; Martini, C. (1999):

Woran glaubt, wer nicht glaubt?

München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Frankfurt, H. (2005):

Gründe der Liebe.

Frankfurt/Main: Suhrkamp

Füssel, H.-M. (2007):

Vulnerability: A generally applicable conceptual framework for climate change research.

in: Global Environmental Change, Ausgabe Nr. 17 155-167

Gauthier, D. (1997):

Political Contractarianism.

in: Journal of Political Philosophy 5, Heft 2

London: SAGE-Verlag

Klindworth, H.; Schröder, W. (2010):

Der Begriff der Solidarität in der wissenschaftlichen Literatur von 1990 bis 2009 – Bedeutung, Wandel und Schlussfolgerungen hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme in der BRD.

Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Sedmak, C. (2011):

Intangible Infrastruktur.

in: Eiselsberg, M. (Hg.), Stiftungsrecht. Jahrbuch 2011

Wien: NWV Verlag

Sen, A. (1997):

Inequality, Unemployment and Contemporary Europe.

in: International Labour Review 136, (2): 155-171

Online Publikation der ILO: <http://www.ilo.org/public/english/revue/index.htm>

Schophaus, M. (2000):

Im Himmel warten Bäume auf dich. Die Geschichte eines viel zu kurzen Lebens.

Zürich: Pendo Verlag

Vollmann, W. (2007):

Poor People.

New York: Harper Perennial Verlag

Wildt, A. (1998):

Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute.

In: Bayertz, K. (Hg.), Solidarität.

Frankfurt/Main: Springer-Verlag

Solidarität auf dem Prüfstand

Über Solidarität und ihre Herausforderungen

Peter Ulram

Laut dem „Lexikon für Politikwissenschaft“ bedeutet Solidarität „wechselseitige Verpflichtung, als Mitglieder von Gruppen füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Solidarität entspringt gemeinsamen Interessen und Überzeugungen und basiert auf einem Zugehörigkeitsgefühl“. Die Wurzel des Begriffes stammt aus dem antiken römischen Recht („Gemeinschaft von Schuldner“, später „Haftungsgemeinschaft“) und das Solidaritätsverständnis hat im Laufe der Zeit verschiedene Veränderungen erfahren. Für unser Thema sollen drei Aspekte näher behandelt werden: „Erstens das subjektive Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft, zweitens die Wechselseitigkeit, und drittens die Verpflichtung, wobei durchaus Spannungen entstehen (können).“ „Dass aus Bindungen Verpflichtungen erwachsen, die begründungsbedürftig und -fähig sind, bildet den Kern des Solidaritätsproblems“. Alle Aspekte gehören zusammen – eine wichtige Einschränkung, weil Solidarität nicht einfach mit Altruismus oder Hilfe für andere gleichgesetzt werden kann, was den Begriff unzulässig ausweiten und einer weitgehenden Beliebigkeit anheimstellen würde¹ und zu einem leicht instrumentalisierbaren Schlagwort verkommen lassen kann.

Wichtige emotionale Bindungen

Das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft (auch beim Vorliegen feststellbarer gemeinsamer Interessen) ist durchaus nicht selbstverständlich, und zwar umso weniger, je größer, abstrakter und von der persönlichen Lebens- und Erfahrungswelt der Individuen entfernt diese Gemeinschaft ist. Emotionale und organisatorische Bindungen müssen aufgebaut und immer wieder bestätigt

¹ Eine solche Überdehnung stellt etwa die „ökologische Solidarität“ (verstanden als persönliche Opferbereitschaft zum Zwecke des Umweltschutzes) dar.

und gefestigt werden. Darüber hinaus existieren im Regelfall einander überlagernde Gemeinschaften, die gleichsam um die Zuwendung, Bindung und Identifikation der Menschen zu und mit ihnen konkurrieren. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert waren dies beispielsweise „Nation“, „Klasse“ bzw. andere berufliche und soziale Interessengruppen und „Religion“, die zueinander oft in einem konflikthaften Verhältnis standen. Ein rezentes Beispiel ist die Auseinandersetzung um die „europäische“ versus die „national(staatlich)e“ Solidarität. So beklagt Anton Pelinka die vielfache Nachrangigkeit der Ersteren und ihre Gefährdung durch „die deutsche Krankheit“ (man könnte taxfrei auch die österreichische, niederländische, finnische etc. ergänzen), die „im nationalen Selbstmitleid (besteht) – und im Verdacht, von ‚den anderen‘ über den Tisch gezogen zu werden“. Im Konkreten geht es hier primär um die öffentliche Akzeptanz von Transferleistungen von den reicheren zu den ärmeren EU-Mitgliedsländern. Abgesehen von der Diskussion über Zweckmäßigkeit und der vertraglichen Legitimität dieser Leistungen liegt das Problem eben in einer unterschiedlichen Intensität von Zugehörigkeitsgefühlen: Warum soll man sich mit anderen solidarisch zeigen, mit denen man sich wenig verbunden fühlt, speziell wenn damit beträchtliche Kosten und Risiken verbunden sind? Die Antwort darauf besteht kurzfristig im Verweis auf eine „gute Kommunikation“ über „die wirkliche Interessenwahrung“ (die nur auf europäischer Ebene realisierbar sei), langfristig in der Hoffnung auf die Ausbildung eines gesamteuropäischen Bewusstseins. Was die Frage nach dem Aufbau emotionaler Bindungen weitgehend außer Acht lässt. Solche sind aber, wie die Geschichte erfolgreichen „nation buildings“ zeigt, für den Zusammenhalt einer Gemeinschaft gerade in schwierigen Zeiten (wo es nicht nur um die Verteilung von Zuwächsen, sondern eher um die von Einbußen oder zumindest das Risiko derselben geht) von zentraler Bedeutung.²

² Pelinka ist sich dieses Defizits durchaus bewusst. Nachdem sein „richtiges Bild“ von Europa aber fast ausschließlich von zweckrationalen Argumenten geprägt ist (inklusive der Erwartung, dass mit der Zunahme der höheren Bildungsschichten, die ihr „kulturelles Kapital“ in der großen europäischen Gemeinschaft besser zur Geltung bringen können, auch die entsprechende Einsicht wächst), wird das emotionale Unterfutter trotzdem vernachlässigt. Notabene werden an sich vorhandene mögliche Anknüpfungspunkte in Bausch und Bogen als „falsche Bilder“ kritisiert. Mehr oder minder gefärbte, teilweise auch problematische usw. Bilder spielen aber eine wichtige Rolle für die Identifikation der Menschen mit ihren (bestehenden) Nationen. Über Nation-building-Prozesse mit Schwerpunkt auf Österreich informieren u.a. Ulram / Tributsch (2004) und die dort ausgewiesene weiterführende und vertiefende Literatur.

Mesosolidarität zerfällt

Die Pluralisierung und Individualisierung moderner Gesellschaften sowie der wirtschaftliche Wandel bewirken auch eine Ausdifferenzierung von Interessen und Überzeugungen bei Mitgliedern früher relativ geschlossener, vor allem größerer Gruppen (z.B. neue Selbstständige und klassische Unternehmer, Arbeitnehmer im geschützten und im wettbewerbsorientierten Sektor etc.). Wo gemeinsame Interessen und geschlossene Überzeugungssysteme abnehmen oder verblassen, verringert sich auch die „harte Basis“ von Solidarität bzw. die emotionale Bindung. Zwar mag es noch ein relativ abstraktes Set an Überzeugungen oder doch Orientierungen geben (in Österreich etwa die dominante Grundhaltung des „sozialen Garantismus“, wonach der Staat für soziale Absicherung und Hilfe bei sozialen Problemen zuständig ist), diese sind aber zu einem Gutteil von Verbundenheitsgefühlen abgelöst. Ein Indikator dafür kann im Ergebnis (des Österreich-Teils) der Europäischen Wertestudie gesehen werden, wonach die sogenannte „Mesosolidarität“ (von den Autoren definiert als die Verbindung der Bereitschaft zum Teilen mit anderen mit Wünschen nach Verringerung von Einkommensunterschieden und anderen Umverteilungsmaßnahmen) nicht mehr ein kompaktes Einstellungssyndrom darstellt, sondern in ihre Bestandteile zerfällt: „... so zeigt sich 2008 ein anderes Bild: Zwar sollen noch deutlicher als bisher Einkommensunterschiede verringert werden, auch das Verzichten hat einen höheren Stellenwert, allerdings hängen die Aussagen nicht mehr zusammen ... Die Mesosolidarität löst sich sozusagen auf. Sie wird zur Umverteilungsforderung, die sich offenbar an andere richtet und den eigenen Beitrag dazu vernachlässigt.“

Der letztgenannte Punkt lenkt den Blick auf die Wechselseitigkeit. Solidarität ist eben nicht ein anderes Wort für Hilfe, sondern beruht auf dem Prinzip der Reziprozität: Grundsätzlich sollen alle Mitglieder füreinander einstehen und grundsätzlich soll einer Leistung auch eine (jedenfalls Bereitschaft zur) Gegenleistung gegenüberstehen. Natürlich gibt es Ausnahmefälle (wenn je-

mand noch nicht, zeitweise nicht oder nicht mehr zur Leistungserbringung in der Lage ist), ebenso wie das Ausmaß an Leistung und Gegenleistung variieren kann (z.B. zahlen manche Personen mehr in ein Versicherungssystem ein als sie herausbekommen, bei anderen trifft das Gegenteil zu). Generell handelt es sich aber nicht um eine einseitige Beziehung, wo die eine Seite nur nimmt und die andere nur gibt. Wird die Wechselseitigkeit grob und/oder unbegründet verletzt, so tragen die negativen Konsequenzen nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern können alle Mitglieder der Solidargemeinschaft treffen³. Dies ist der Kern des Missbrauchsproblems – und zwar unabhängig von seiner finanziellen und moralischen Dimension⁴.

Begründungspflicht für Solidarität

Die Wechselseitigkeit kann auch „von außen“ verletzt werden – etwa wenn Solidargemeinschaften (z.B. versicherungs-) fremde Leistungen aufgebürdet werden, ohne dass die „verordnende“ Instanz quasi stellvertretend für die Leistungsempfänger einspringt. Speziell bei großen Organisationen bedarf die Wechselseitigkeit zudem entsprechender Dokumentation, sprich Transparenz. Der Eintritt in eine Solidargemeinschaft erfolgt zwar mitunter freiwillig (wie bei vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, freien Interessenvertretungen oder konkurrierenden Versicherungsunternehmen), die Mitgliedschaft bringt aber Verpflichtungen für die Mitglieder mit sich. Die Freiwilligkeit erfährt gewissermaßen eine Transformation und wandelt sich zur Akzeptanz und damit zu einem „politischen“ Problem. Aus der Akzeptanznotwendigkeit ergibt sich jedenfalls in demokratisch verfassten Gesellschaften eine Begründungspflicht für die Solidargemeinschaft(en) gegenüber den Mitgliedern. Und diese stellt insbesondere bei der sozialstaatlich organisierten Solidarität (im Regelfall große Institutionen mit wenig emotionaler Abstützung und eher schwacher Interaktion der Mitglieder) eine be-

³ Was auch für andere Bereiche kooperativen Verhaltens bzw. entsprechender Bereitschaft zutrifft. Zahlreiche sozialpsychologische Experimente zeigen, dass die Bereitschaft zur Kooperation im Falle des Ausnutzens durch einzelne Gruppenmitglieder schwindet. Und zwar häufig auch dann, wenn es rein rational wäre, die Kooperation trotzdem weiterzuführen.

⁴ Missbrauch gibt es auf beiden Seiten des Leistungsverhältnisses.

trächtliche Herausforderung dar – sowohl was die entsprechende Vermittlungsleistung als auch was das Austarieren von Leistungen und Gegenleistungen und deren Verteilung betrifft. Mangelt es an Vermittlungsleistung und/oder erfolgt eine Überforderung der Mitglieder, so schwindet die Akzeptanzbereitschaft. Was ein Kernproblem⁵ nicht nur, aber auch in besonderem Ausmaß des heutigen Sozialstaates wie der diversen beruflichen Interessenvertretungen konstituiert.

Literatur

Friesl, C. et al. (2009):

Die Österreicher/-innen und die Politik.

in: Friesl, C. et al. (Hg.): Die Österreicherinnen
Wertewandel 1990–2008

Wien: Czernin Verlag

Gloser, M. (2005):

Solidarität.

in: Nohlen, D. / Schultze, R. (Hg.): Lexikon der
Politikwissenschaft, Bd.2

München: Beck C. H.

Pelinka, A. (2011):

Europa. Ein Plädoyer.

Wien: Braumüller Lesethek

Ullrich, P.; Tributsch, S. (2004):

Kleine Nation mit Eigenschaften.

Wien: Molden

⁵ Die vorliegende Darstellung konzentriert sich auf den Akzeptanzaspekt. Dieser ist natürlich nur ein Problem bzw. eine Herausforderung. Speziell beim Sozialstaat stellt sich die Überforderungsfrage auch bei den wirtschaftlichen Auswirkungen der sozialstaatlichen Leistungen und Kosten. Aber das ist ein anderes Thema, das den Rahmen dieses Essays und die fachliche Kompetenz des Autors zu überdehnen droht.

Solidarität ist mehr

Für eine neue, bessere Praxis der Solidarität in der Sozialen Marktwirtschaft

Harald Mahrer

Solidarität ist vielfach zur politischen Worthülse verkommen – zur Projektionsfläche für gestrige Umverteilungsfantasien, zum Kampfbegriff für ein überholtes Verständnis von Sozialstaatlichkeit. Das ist ein Problem. Denn der Wert der Solidarität darf nicht missbraucht werden. Er ist existenziell für unser Zusammenleben. Er verweist auf die Dependenz zwischen Individuum und Gemeinschaft: Wir leben nicht im luftleeren Raum und auch nicht für uns allein. Das Wirtschafts- und Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft unterstreicht dies – und zugleich die Voraussetzungsabhängigkeit der Realisierung von Solidarität. Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft sind die unverzichtbaren Voraussetzungen für institutionell verbürgte Solidarität. Wer weniger Freiheit fordert, kann nicht mit mehr Solidarität rechnen. Wer Leistung als Wert infrage stellt, sägt am Ast, der unseren Solidar- und Sozialstaat trägt.

Christdemokratie in der Kapitalismusfalle?

Die intensive Auseinandersetzung mit dem Wert der Solidarität ist deshalb geboten, weil er oft als Gegenwert zu wirtschaftlicher Tätigkeit gesehen bzw. inszeniert wird. Das ist nicht nur ein altes ideologisches Muster der politischen Linken – die ähnlich erfolgreich war, uns mehr Gleichheit als mehr Gerechtigkeit zu verkaufen –, sondern auch ein Motiv, das uns mit Verweis auf Christentum und katholische Soziallehre oft begegnet. Verkürzt gesagt wird uns etwa von Sozialwerken der Kirchen vermittelt: Freie Wirtschaft und gesellschaftliche Solidarität im christlichen Sinn sind unvereinbar.

Dieses Thema ist gerade für eine christdemokratische Partei von großer programmatischer Bedeutung. Es gilt, nicht in die Fallen der linken Wirtschafts- und Kapitalismuskritik zu tappen. Freiheit und Leistung sind aus christlicher Sicht alles andere als zu verteufeln.

Freiheit und Christentum

Der für die (Soziale Markt-)Wirtschaft grundlegende Wert der persönlichen Freiheit stammt, wie der renommierte deutsche Ökonom Hans Willgerodt zeigt, aus dem Christentum, „das die Person aus der totalen Unterordnung unter den antiken Staat befreit hat.“ Diese Freiheit wird auch nicht durch das von Christen fortentwickelte Naturrecht aufgehoben. Zur christlichen Kapitalismuskritik stellt Willgerodt klar: „Meist wird jedoch eine Verletzung der Personenwürde marktwirtschaftlichen Systemen mit hoher Kapitalbildung zugeschrieben, obwohl man darin so viel leichter der Willkür einzelner ausweichen kann. Man vermutet noch immer mit Karl Marx in der Marktwirtschaft eine strukturelle Verletzung der Menschenwürde, weil kapitalbesitzende oder von Kapitalbesitzern engagierte Unternehmer vermögenslose Arbeitnehmer gegen Lohn beschäftigen und ihnen dabei ihren angeblichen Anspruch auf den vollen Arbeitsertrag vorenthalten. Die Arbeitnehmer seien damit der Willkür der Unternehmer ausgesetzt, gegen die sie sich durch monopolisierende Gewerkschaften wehren müssten.“ Dieser Argumentation hält Hans Willgerodt entgegen, dass die Lage der unselbstständig Arbeitenden allgemein nicht dadurch gebessert werde, dass ihnen nach Verstaatlichung des Kapitals ein monopolistischer Riesenkapitalist als einziger Arbeitgeber gegenübertritt. Es sei jedenfalls für vermögenslose Arbeitnehmer günstig, wenn ihnen möglichst viele und reichlich mit Kapital ausgestattete Arbeitgeber gegenüberstehen, zwischen denen sie wählen können.

Eine kapitalreiche Wirtschaft erlaube auch höhere Investitionen in Bildung und Ausbildung, womit die Marktstellung der Arbeitnehmer abermals verbessert werde. So begünstige die Ka-

pitalbildung nicht nur die Minderung von Armut, sondern unter entsprechenden ordnungspolitischen Bedingungen auch die Achtung der Personenwürde.

Leistung und Christentum

Zum Thema Leistung und Christentum trifft Willgerodt ebenfalls eine wichtige Klarstellung: „Für die Wirtschaft bedeutet das die Frage, wie produktiv und wie viel insgesamt produziert werden soll. Weltwirtschaftlich entscheidet die Bevölkerung als Gesamtheit aller Nachfrager und Verwender von Gütern insofern über die gesamte Produktionsmenge, wie sie bereit und in der Lage ist, diese Güter herzustellen. Die Menschheit insgesamt müsste so viel produzieren, wie sie zur Verfügung haben will. Das gelingt ihr immer noch nicht hinreichend. Das Hauptproblem ist nach wie vor ein solches der Produktion, weniger der Verteilung. In einer Zeit, in der sich nicht nur bei Politikern eine Art von Schlaraffenlandgesinnung bemerkbar macht, man von Überflussgesellschaft spricht und nicht mehr die Güter, sondern die Produktionsgelegenheit für knapp erklärt, muss auf solche Banalitäten wieder einmal hingewiesen werden.“

Dazu kommt laut Hans Willgerodt noch ein weiterer Aspekt: „Der absichtsvoll Nichtleistende, sofern er nicht auf Kosten anderer lebt, mag für sich selbst auf den Genuss von Leistungsergebnissen verzichten. Er verzichtet damit aber auch auf die Produktion eines Überschusses, mit dem er anderen helfen könnte. Wirtschaftliche Hilfe als moralische Tat kann nur demjenigen zugerechnet werden, der sie selbst durch eigene Leistung als Überschuss über seinen eigenen Bedarf erbringt. Wer sie nur auf Kosten anderer politisch veranlasst, kann sich selbst den Anteil am Erfolg nicht zurechnen lassen, dessen Kosten er dem Steuerzahler auferlegt hat.“

Die Tatsache, dass manche christlich Motivierte mit dem Unternehmensgewinn ein Problem haben, führt Willgerodt auf zwei Phänomene zurück: Einerseits wird vergessen, dass man

im marktwirtschaftlichen Wettbewerb auch verlieren kann, andererseits wird die Kehrseite des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs auch in ihren Konsequenzen übersehen – nämlich der Verlust als Gegenteil des Gewinns. Vor diesem Hintergrund sei das Gewinnstreben in der Marktwirtschaft, das auch von der Furcht vor Verlusten geleitet werde, vielleicht doch die ethisch einwandfreiere Maxime, bilanziert er. Freiheit und Leistung als Grundlage von Solidarität: Diese Gleichung sollte somit auch unter christlichen Auspizien aufgehen.

Krise der Solidarität?

Die wahren Herausforderungen rund um den Wert der Solidarität und seine gesellschaftliche Praxis liegen nicht darin, dass ein Überfluss an Freiheits- und Leistungsdenken das solidarische Bewusstsein minimiert hat. Das zeigt sich auch mit Blick auf die sozialstaatlich organisierte Solidarität: Wir leben in einem stark umverteilenden Hochsteuerland mit der vierthöchsten Steuer- und Abgabenquote in der EU, mit einer Staatsquote über 50 Prozent und mit einer Sozialquote von 30,8 Prozent. Von einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich kann in Österreich nicht die Rede sein: Der Gini-Koeffizient, mit dem man die Ungleichheit messen kann, beträgt in Österreich nur 0,66, während er etwa in Deutschland bei 0,8 liegt.

Die an Transfers gemessene Solidarität kann sich ebenfalls sehen lassen: Ein österreichischer Nicht-Transferbezieher schultert bereits drei Transferbezieher. Drei Viertel aller Steuern und Abgaben werden in Österreich als Transfers umverteilt. Beim Lohn- und Einkommensteueraufkommen trägt das oberste Zehntel 58 Prozent der gesamten Lohn- und Einkommensteuerlast und das oberste Prozent 20 Prozent – während fast 50 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen gar keine Lohn- und Einkommensteuer mehr bezahlen.

Wenn es berechtigt ist, von einer Krise des Solidarischen zu sprechen, dann aus anderen Gründen und vor allem mit Blick auf

die Zukunft. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der traditionelle Wohlfahrtsstaat in einer Krise steckt. Einerseits fordert uns die demografische Entwicklung, deren Unausgewogenheit die Bestandsvoraussetzungen sozialer Sicherungssysteme in Gefahr bringt. Wir haben darauf bisher in absolut unverantwortlicher Weise reagiert: Wir finanzieren die immer unfinanzierbaren Transfers durch staatliche Schulden. Die staatlich garantierte Solidarität ist bereits heute weit über ihre natürliche Grenze ausgedehnt. Wo die Schulden für die nächste Generation anfangen, hört die Solidarität mit ihr auf.

Es gibt andererseits aber auch eine kulturelle Krise des Sozialstaates. Wir können in vielen Bereichen beobachten, dass der Sozialstaat Menschen in eine Kultur der Abhängigkeit führt. Wer am Tropf sozialer Leistungen hängt, kommt so schnell nicht wieder davon los. Der Sozialstaat schafft so vielfach erst die Probleme, die er eigentlich lösen sollte. Der Wohlfahrtsstaat ist historisches Ergebnis und Ausdruck des traditionellen Obrigkeitsstaates, der auf Fürsorge und Betreuung von als passiv und defizitär betrachteten Leistungsempfängern ausgerichtet ist. Den gesellschaftlichen Kultur- und Wertewandel in Richtung Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Emanzipation hat der traditionelle Wohlfahrtsstaat bisher nicht mitgemacht. Die politische Debatte über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates reduziert sich aber leider immer nur auf den finanziellen Aspekt bzw. die aus budgetären Gründen zweifellos notwendigen Sparmaßnahmen. Es gibt jedoch keine überzeugenden Antworten darauf, wie ein zeitgemäßer Wohlfahrtsstaat aussehen sollte, der auf die Krisen des bisherigen Systems eine angemessene Antwort bereithält.

Anspruch und Pflicht

Die grundlegende Herausforderung liegt darin, dass die sozialstaatliche Praxis von Solidarität dem Wertgehalt der Solidarität nicht entspricht. Denn Solidarität beruht auf einem grundlegenden Zusammengehörigkeitsgefühl aller. Solidarität meint, dass die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft füreinander und für

das Ganze einstehen. Daher wird auf schwache Mitglieder der Gesellschaft besonders Rücksicht genommen, und daher wird Menschen in Not geholfen.

Entscheidend ist, dass das Solidaritätsprinzip auf der wechselseitigen Anerkennung des anderen als Person basiert. Das bedeutet einerseits das Recht auf Entfaltung, andererseits die Pflicht zur sozialen Kooperation und zur wechselseitigen Unterstützung. Daher dürfen wir nicht Solidarität einseitig als reine Hilfe für einen selbst verstehen. Jeder Einzelne ist verpflichtet, sich für das Wohl des Nächsten und der Gemeinschaft einzusetzen. Solidarität ist Anspruch und Verpflichtung in einem.

Genau diese Dimension von Solidarität ist im Sozialstaat unterrepräsentiert. Denn der traditionelle Sozialstaat versteht Solidarität als Einbahnstraße. Etwas von denen (zurück) zu erwarten, die Transfers bekommen, liegt jenseits des sozialen Horizontes unserer Sozialstaatlichkeit.

Solidarität als Anspruch und Verpflichtung ist allerdings ein Schlüsselansatz für eine neue Kultur des Sozialen. Und für eine Neuerfindung des traditionellen Wohlfahrtsstaates, der den Bürgerinnen und Bürgern ehrlicherweise nicht alles versprechen, aber Wichtiges garantieren soll. Ziel muss ein Arrangement individueller Wahlfreiheiten und sozialer Sicherungsinstrumente sein, welches die Balance zwischen individueller Eigenverantwortung und staatlich verbürgter Solidarität neu herstellt.

Und natürlich warten auch im zivilgesellschaftlichen Bereich neue Solidaritätspotenziale darauf, klug genutzt zu werden. Die Verstaatlichung von Solidarität hat dazu geführt, dass die Handlungsspielräume der Wohlfahrtsgesellschaft verkümmert sind. Sie müssen entfesselt werden. Dabei gilt: Das Werteverständnis von Solidarität, das etwa Sozialorganisationen mit einer spezifischen (meist christlich abgeleiteten) Programmatik vertreten, muss mit dem Programm des Sozialstaates kompatibel sein. Aber auch die Freiwillige Feuerwehr ist ein altes und gleichzeitig hoch-

modernes Beispiel dafür, wie eine bürgergesellschaftliche Praxis der wechselseitigen Solidarität aussehen kann.

Gebote für die Zukunft der Solidarität

Solidarität ist mehr als das, was uns bisher darunter verkauft wurde. Wir müssen um- und weiterdenken, was unser Verständnis des (Sozial-)Staats betrifft – auf Grundlage eines umfassenden und nicht mehr nur eindimensionalen Solidaritätsbegriffs. Im Wissen darum, dass wir als Menschen gegenseitig aufeinander angewiesen sind, müssen sich Individuen, Gesellschaft und Staat zum gemeinsam richtig verstandenen Wert der Solidarität bekennen und verpflichten – und auf dieser Basis Solidarität besser organisieren. Für eine neue, bessere Praxis des Solidarischen in der Sozialen Marktwirtschaft spielen drei Solidaritäts-Gebote eine Schlüsselrolle:

1. Du sollst Hilfe zur Selbsthilfe geben. Die Hilfe der Gesellschaft für Einzelne kann – abgesehen von Ausnahmefällen – immer nur eine temporäre Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das muss sie auch sein, um nicht durch Zwangsalimentierung neue Abhängigkeit und eine Bevormundung der Empfänger zu schaffen. Die Menschen sollen bei der Inanspruchnahme von Solidarität selbst entscheiden, welche Leistungen sie bei wem nutzen (z.B. durch Scheckmodelle). Sozialhilfe darf nicht länger „vererbbar“ sein. Im Gegensatz zur befristeten bedingten Solidarität gibt es natürlich Menschen, die unsere unbegrenzte, unbedingte Solidarität brauchen und erhalten müssen (z.B. bei Behinderung oder chronischer Erkrankung). Hier darf es keine Einschränkungen geben.

2. Du sollst Solidarität nicht als Einbahnstraße verstehen. Wem geholfen wird, der muss auch einmal selbst zur Hilfeleistung bereit sein. Es muss daher Transparenz herrschen zwischen Leistungsempfängern und jenen, die durch ihre wirtschaftliche Leistung soziale Transfers erst ermöglichen.

Das Prinzip der Leistung und Gegenleistung soll auch durch symbolische Maßnahmen deutlich gemacht werden: Der symboli-

sche Steuer- oder Arbeitslosenversicherungs-Euro von arbeitslosen Menschen ist ein Zeichen, das in beide Richtungen wirkt – in Richtung jener, die Solidarität brauchen, und in Richtung jener, die Solidarität geben. Solidarität muss als universelles Prinzip praktiziert und gespürt werden.

Das erfordert auch, den Missbrauch sozialer Leistungen wesentlich konsequenter als bisher zu verfolgen: Es ist durch und durch unsolidarisch, Leistungen zu Unrecht in Anspruch zu nehmen – und damit die Chancen anderer zu reduzieren, die auf solche Leistungen tatsächlich angewiesen sind.

3. Du sollst Solidarität mit der Zukunft üben. Der Wert der Solidarität darf aber nicht nur mit Blick auf die Gegenwart verstanden werden. Solidarität ist auch mit den künftigen Generationen geboten. Es ist unsolidarisch und unsozial, die Kosten für einen überdehnten Sozialstaat, in dem ein erheblicher Teil der Schulden auf Kosten für Sozialtransfers entfällt, künftigen Generationen zu überantworten. Die künftigen Generationen sind auf unsere Solidarität mit ihnen existenziell angewiesen. Denn Solidarität endet nicht im Hier und Jetzt. Wir müssen Solidarität – wie Gerechtigkeit – mehr denn je mit Blick auf die Zukunft buchstabieren. Denn Solidarität ist eine wichtige Brücke für Individuen und Gesellschaft auf dem Weg in die Zukunft. Und um die geht es – auch und gerade beim Wert der Solidarität.

Fazit: Je mehr wir Solidarität an den Staat delegieren, desto weniger dieser wertvollen Ressource scheint es in unserer Gesellschaft zu geben. Und: Richtig verstandene Solidarität ist keine Frage von „arm“ und „reich“, sondern von „können“ und „nicht können“ sowie von „wollen“ und „nicht wollen“. Hier schließt sich der Kreis, denn Verantwortung ist wahrgenommene Solidarität. Solidarität, die unseren Kindern und Enkelkindern gebührt und auf die sie angewiesen sind. Ihre Zukunft hängt am seidenen Faden unseres solidarischen Verhaltens. Denn auch sie sollen ihre gerechten Chancen auf ein Leben in Freiheit und eigener Verantwortung haben.

Literatur

Willgerodt, H. (2011):

Werten und Wissen: Beiträge zur Politischen Ökonomie.

Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag

Hilfe zur Selbsthilfe

Warum der Staat die Gesellschaft nicht ersetzen darf – über die Grenzen sozialstaatlich verbürgter Solidarität und neue Formen gesellschaftlicher Solidarität

Elisabeth Anselm

„Wer Solidarität als moralische Kategorie retten will, muss sozialpolitisch stärker in ökonomischen Kategorien denken.“

Warnfried Dettling

Das Eingangszitat von Warnfried Dettling – einem der prononciertesten Denker im deutschsprachigen Raum, wenn es um Fragen wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung geht – mag auf den ersten Blick möglicherweise paradox erscheinen. Man könnte sich etwa fragen: Warum bedarf Solidarität als moralische Kategorie überhaupt der Rettung? Ist das Ausmaß an – staatlich geübter – Solidarität gemessen an den Fakten nicht ohnehin sehr beachtlich? Schließlich hat Österreich die vierthöchste Abgabenquote in der EU, die Sozialquote liegt über 30 Prozent, drei Viertel der Steuern und Abgaben werden in Transfers investiert. Dennoch hören wir regelmäßig die Klage vom Verfall gemeinschaftlicher Solidarität, von abnehmendem Gemeinsinn und mangelndem Zusammenhalt. Man könnte sich aber auch fragen, wie die Relevanz von Solidarität als moralische Kategorie heute überhaupt zu bewerten ist. Und schließlich bleibt noch die Frage: Was soll das konkret heißen, „sozialpolitisch stärker in ökonomischen Kategorien denken“?

Sozialstaat in der „Doppelmühle“. Oder: Der „Undank“ der Bürger

Das quantitative Niveau des Sozialstaates in Österreich bedarf angesichts der exemplarisch genannten Fakten kaum der Diskussion. Und dennoch (und teilweise auch deswegen) haben wir

ein hinlänglich bekanntes Problem: Der traditionelle Sozialstaat befindet sich seit Jahren in der Krise. Diese Krise ist finanzieller ebenso wie struktureller Natur. Wir belasten unsere volkswirtschaftlichen Systeme und künftige Generationen in einem schwer verantwortbaren Ausmaß mit Schulden. Es gibt Fehlallokationen, fallweise wohl auch Überalimentierungen, und dennoch entscheidende Fragen und Probleme, bezüglich derer uns befriedigende Antworten, wirksame Konzepte und entsprechende Ressourcen fehlen. (Man denke beispielsweise an den Bereich der Pflege und Altenbetreuung, dessen beherzte und nachhaltige Reform im Lichte des demografischen Wandels längst fällig ist.)

Doch die Krise des Sozialstaates ist auch kultureller Natur. Der Sozialstaat findet sich quasi in einer „Doppelmühle“ wieder. Denn viele Bürger nehmen die staatlich geübte Solidarität nicht als solche wahr. Daran hat nicht zuletzt die Politik selbst besondere Verantwortung, weil sie im – zugegebenermaßen demokratiapolitisch notwendigen, aber allzu oft wenig produktiv geübten – Parteienwettbewerb (Wahlversprechen!) Erwartungen und Ansprüche schürt, die letztlich in Summe unerfüllbar sind, und gleichzeitig nicht den Mut findet, unangenehme Fakten auf den Tisch zu legen und Althergebrachtes infrage zu stellen. Nicht wenige renommierte Politikwissenschaftler und Soziologen führen einen guten Teil der diagnostizierten Politikverdrossenheit auf enttäuschte Erwartungen der Bürger zurück.

Die Gefahr „lahmender“ Kräfte. Oder: Solidarität neu denken

Die kulturelle Krise hat aber noch weitere Facetten. So ist der Sozialstaat traditioneller Prägung auch dazu angetan, die Bürger „ruhigzustellen“ – Dettling würde sagen, „die Gesellschaft lahmzulegen“. Das führt nicht nur dazu, dass die Bürger in die obrigkeitstaatlich – wohl unbewusst – gelegte „Falle“ der Abhängigkeit geraten und quasi „am Tropf des Staates hängen“, sondern raubt der Gesellschaft auch insgesamt solidarische Vitalität. Soli-

darität wird viel zu sehr als Aufgabe des Staates allein begriffen, an diesen delegiert (via Leistung von Abgaben und Steuern), oft auch als „Einbahnstraße“ verstanden, Eigenverantwortung und Selbsthilfepotenziale werden durch systemische Fehlsteuerung unterminiert. Das ist gefährlich. Nicht nur deshalb, weil ein so beschaffener Sozialstaat seinerseits Probleme schafft, die er nur mit „more of the same“ glaubt, bewältigen zu können. Sondern auch deshalb, weil das europäische Modell, das mit enormem Erfolg individuelle Freiheit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Solidarität verbindet, demokratiepolitisch von der Vitalität eben dieses sich in komplexer Weise bedingenden Dreiklangs lebt.

Solidarität als bewusst wahrgenommenes und faires Wechselspiel (!) von Geben und Nehmen, Verpflichtung und Anspruch, individueller und gemeinschaftlich gelebter Verantwortung ist eine wichtige Übereinkunft eines funktionierenden Gemeinwesens und entscheidend für das Gelingen der Demokratie. Dettling fasst treffend zusammen: „Demokratie beginnt nicht bei Wahlen, und sie erschöpft sich nicht auf dem Markt.“ Wir haben also allen Grund, Anstrengungen zu setzen, die Solidarität als moralische Kategorie zu retten. Und dazu muss sie neu gedacht, aber auch neu und intelligent organisiert werden.

„Steuern statt Rudern!“

Oder: Aufgaben zielführend verteilen

Zuallererst muss der Staat sich auf seine Aufgaben besinnen. Der Gründervater des Hilfswerks in seiner heutigen Ausrichtung – einer der führenden privaten, gemeinnützigen Träger gesundheitlicher, familiärer und sozialer Dienste in Österreich – Erich Fidesser drückte das etwa wie folgt aus: „Der Staat soll den Straßenbau planen, koordinieren und den Rahmen bereitstellen, aber er soll die Straßen nicht selbst bauen.“ Dabei geht es nicht um eine Aufforderung an den Staat, sich aus seiner Verantwortung bezüglich der Aufgaben der Daseinsvorsorge zurückzuziehen. Ganz im Gegenteil!

Vielmehr geht es um eine Aufgabenverteilung im Dienste lebendiger und nachhaltig geübter Solidarität, die es den Akteuren (Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft) nahelegt, sich ihren originären Kompetenzen gemäß effektiv in die Problemlösung einzubringen, um eine bestmögliche Zielerreichung zu realisieren und das Potenzial im Prozess maximal zu mobilisieren. (Manche würden auch von Effizienz sprechen.) Die Aufgabe des demokratisch legitimierten Staates liegt darin, Probleme gesamthaft zu erkennen und in der politischen Agenda zusammenzuführen, Ziele zu verhandeln und im Gefolge zu definieren, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und Ressourcen zu mobilisieren, Umsetzung und Ergebnisse zu kontrollieren (Wirkungsorientierung!) sowie gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Darin ist er tatsächlich völlig unersetzbar, dafür hat er sich zu verbürgen! Die konkrete Umsetzung der Dienste selbst ist nicht primär Aufgabe der öffentlichen Hände. Der Staat soll steuern, nicht rudern!

Ressourcen statt Defizite!

Oder: Mehr aktivieren, weniger kompensieren

Traditionelle Sozialpolitik ist nicht selten mit einer „Faszination“ für Defizite belegt. Man fokussiert auf die Benachteiligung, auf das Problem – und auf die Kompensation selbiger. Dabei übersieht man allzu leicht die Ressourcen, unterhöhlt diese oft geradezu, anstatt sie zu aktivieren. Das zeitigt nicht nur vermeidbare Kosten, sondern erzeugt auch unnötiges Unglück.

Die fachliche Leitung der Pflegedienste im Hilfswerk, Monika Gugerell, erzählt gerne von einem alten Mann in einer kleinen Gemeinde, den sie vor vielen Jahren als Krankenschwester betreute. Er lebte zu Hause, was ihm wichtig war. Aber er hatte keine rechte Freude mehr daran. Sein offenes Bein machte ihm zu schaffen. Er hatte Schmerzen, konnte keine Wege mehr erledigen, nicht mehr am dörflichen Leben teilnehmen. Seinen Missmut ließ er an seiner Tochter aus, die ihn täglich besuchte. Die Einweisung in ein Heim lag nahe. Dann wäre das Leben für alle Beteiligten leichter, dachte man. Gugerell versuchte dennoch,

gemeinsam mit dem Hochbetagten ein Ziel in seinem lebensweltlichen Zusammenhang zu finden, das ihn motivierte. In diesem Falle war es der Gang zum Dorfwirt – weniger wegen des Achtels Grünen Veltliners, mehr wegen der alten Freunde, die er dort traf. Mit diesem Ziel vor Augen stieg die Compliance in der Therapie, wurden Kräfte mobilisiert, und nach einigen Monaten war es so weit: Der Gang zum Wirt konnte angetreten werden. Der ältere Herr lebte bis zu seinem Tode zu Hause, nutzte seine eigenen vier Wände, bekam tatkräftige Unterstützung von seiner Familie und wurde nach Maßgabe der Notwendigkeiten von mobilen Diensten gepflegt.

Dieses einfache Beispiel zeigt, wie Aktivierung von Ressourcen funktioniert – individuelle (die des Betroffenen), familiäre (die seiner Angehörigen), gemeinschaftliche (etwa die des Dorfes), wirtschaftliche (beispielsweise das eigene Zuhause), gesellschaftliche (ein privater gemeinnütziger Dienst übernahm die Pflege). Aktivierende Sozialpolitik, die Solidarität ernst nimmt und vielschichtig begreift, muss sich an den Ressourcen orientieren, nicht an den Defiziten. Auch Menschen, die Probleme haben, auch Systeme, die Mängel aufweisen, verfügen über Kompetenzen und Potenziale. Ob diese genutzt bzw. gehoben werden, hängt von den Rahmenbedingungen ab. Es gibt leider unzählige Beispiele systemischer Fehlsteuerung in diesem Kontext. Aber nur wer Menschen auch etwas zutraut, kann ihnen wirklich helfen, kann soziale Probleme nachhaltig lösen, kann die solidarische Qualität des Gemeinwesens fördern.

Wettbewerb statt Sozialverwaltung! Oder: Die Intelligenz des „Marktes“ nutzen

Wirksame Sozialpolitik, die lebendige und nachhaltig geübte Solidarität im Fokus hat, muss unabdingbar auf mehr Markt, mehr Wettbewerb und mehr Kundenorientierung im sozialen Bereich setzen. Dabei geht es nicht so sehr um die Frage von Eigentumsverhältnissen, sondern um das ordnungspolitische Prinzip des Wettbewerbs. Verteilungspolitische Fragen müssen im Vorfeld

politisch entschieden und ressourcentechnisch hinterlegt werden (siehe Ausführungen zur Aufgabenverteilung). Der Staat muss im Lichte seiner Verpflichtung im Sinne der Daseinsvorsorge für einen geordneten Wettbewerb unter definierten Bedingungen sorgen und danach trachten, politische Zielsetzungen, die ihm im Kontext wichtig sind, in geeigneter (möglichst marktmäßiger) Form abzusichern – wie etwa eine kontinuierliche und flächendeckende Versorgung oder die Versorgung sozial Schwacher.

Eine zentrale Voraussetzung für das Greifen des Wettbewerbsprinzips im sozialen Kontext liegt darin, die Bezieher der Dienste und Leistungen mit Wahlfreiheit auszustatten. Sie sollen nach Maßgabe der Möglichkeiten selbst entscheiden, welche Dienste sie konkret in Anspruch nehmen möchten und welchen Trägern sie sich anvertrauen wollen (wem sie also Geld oder Sachleistungsansprüche überantworten). So werden sie zu Kunden, haben quasi „soziale Konsumentensouveränität“. Und damit sind wir schon beim ersten entscheidenden Vorteil wettbewerblicher Organisation: Sie zwingt die Träger sozialer Dienste, sich konsequent an den Kunden zu orientieren, deren Bedürfnisse wahrzunehmen, funktionierende Lösungen zu finden. Das macht sensitiv für den Bedarf (und ermöglicht wertvolle Erkenntnisse für den „Auftraggeber“ Staat). Auch Innovation wird in dieser Weise angetrieben. Dasselbe gilt für Effizienz. Denn wenn die öffentliche Hand auf eine Reihe bewährter Träger zurückgreifen kann, die miteinander im geordneten Wettbewerb stehen, verfügt sie auch über wertvolle Benchmarks und kann auf Dynamiken setzen, die sie im Sinne von Ressourcen- und Wirkungsorientierung nutzen darf. Wettbewerb und Solidarität schließen einander nicht aus. Ich denke, sie bedingen sich letztlich. Ich möchte schließen, wie ich begonnen habe – mit einem Zitat von Dettling: „Nur eine kompetitive Gesellschaft wird eine sozial aktive und solidarische Gesellschaft sein.“

Solidarisch reformieren

Wie wir unser Pensionssystem nachhaltig leistungsfähig und sicher machen

Peter Lehner

Im Grunde sind wir heute in einer beneidenswerten Situation. Unsere Eltern- und Großelterngeneration hat Österreich wieder aufgebaut und sich intensiv um Wohlstand und Obsorge ihrer Kinder gekümmert. Die letzten Jahrzehnte jedoch haben durch tief greifende geopolitische und gesellschaftliche Veränderungen zu weitreichenden Konsequenzen geführt. Wirtschaftliche Prosperität, technischer Fortschritt und eine immer freiere Welt sind die glänzende Seite der Medaille – doch sinkende Geburtenraten, eine enorme Staatsverschuldung und ein zu früher Pensionsantritt vieler Arbeitnehmer stellen uns vor komplexe Zukunftsprobleme.

Trotz eines Gesundheitssystems mit höchster Qualität sind wir in Österreich Weltmeister bei Früh- und Invaliditätspensionen. Die international betrachtet hervorragenden Arbeitsbedingungen resultieren wider Erwarten nicht aus einer hohen Erwerbsfähigkeit im Alter. Ganz im Gegenteil suchen viele ihr Heil in der Flucht und streben eine frühzeitige, sichere Pension an. Genau hier muss der Hebel angesetzt werden, Sinnstiftung sollte der zentrale Begriff unserer gemeinsamen Zukunft sein. Jung und Alt dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen an einem Strang ziehen – im Sinne einer Gesellschaft, die sich ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst ist.

Sonderregelungen ade!

Wussten Sie, dass jeder Tag 30 Stunden hat? Durch zunehmenden Wohlstand und die rasante Entwicklung der Medizin steigt unsere Lebenserwartung um sechs Stunden pro Tag – doch das Pensionseintrittsalter hält nicht Schritt! Es ist logisch, dass sich genau in diesem Punkt etwas ändern muss und wir einen Teil

dieser gewonnenen Lebenszeit sinnstiftend mit Arbeit füllen müssen. Es wäre bereits ein Quantensprung und eine große Entspannung unseres Pensionssystems, könnten wir in absehbarer Zeit das Regelpensionsalter erreichen und damit Ausgewogenheit in der Work-Life-Balance herstellen. In der Vergangenheit waren Sonderregelungen wie die „Hackler-Pension“ eher Norm als Ausnahme und niemand darf sich wundern, dass Menschen solche durch Wahlkämpfe verursachte Angebote bereitwillig angenommen haben.

In Zukunft müssen für alle 45 Beitragsjahre oder ein Mindestalter von 65 Jahren zur Erreichung des Pensionsantritts notwendig sein. Durch die Pensionsreformen der Jahre 2003 und 2005 wurden wichtige Schritte in Richtung Harmonisierung der Systeme gesetzt, die wir alle mit Nachdruck vorantreiben müssen. Früh- und Invaliditätspensionen dürfen kein Regelfall bleiben, sondern nur der Weisheit allerletzten Schluss darstellen.

Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr am Arbeitsmarkt teilhaben können, sollten durch medizinische Versorgung, Rehabilitation und Anreize zur Wiedereingliederung Perspektiven geschaffen werden, die nicht zwangsläufig im Ruhestand enden. Die im Zuge einer beantragten Pension aus Krankheitsgründen festgestellten Erkrankungen sollten bei Verdacht auf dadurch entstehende Eigen- und Fremdgefährdung (Waffen-/Flug-/Führerschein) an die entsprechenden Bezirksbehörden weitergegeben werden.

Respekt der Generationen

Die beiden Seniorenvertreter Prof. Dr. Andreas Khol (ÖVP) und Dr. Karl Blecha (SPÖ) können auf Meinungsumfragen hinweisen, welche besagen, dass die Mehrheit der Arbeitnehmer keineswegs eine Frühpensionierung anstrebt, sondern vielmehr länger tätig sein will. Aber es bedarf Anreize, um derartige Motivation in die Realität der Zukunft umzuformen. Ältere Menschen sind kein „altes Eisen“, sondern punkten mit Erfahrung und Kompe-

tenz und können junge Menschen beim Einstieg und Aufstieg im Beruf bestens begleiten. Hier geht es um gegenseitigen Respekt der Generationen – Schwächen werden gemeinsam gestemmt und Stärken vielschichtig ausgebaut. Da wir uns immer stärker von einer Produktions- in eine Dienstleistungsgesellschaft entwickeln, sind Know-how, soziale Kompetenz und mentale Intelligenz die Fähigkeiten von morgen. Menschen mit Lebenserfahrung sind daher unverzichtbar! Kluge Unternehmen machen sich diesen Umstand bereits heute zunutze, denn „pensionierte“ Erfahrung geht verloren und muss bei jungen Mitarbeitern erst mühsam wieder aufgebaut werden. Daher ist es ein Gebot der Stunde, die Potenziale der Arbeitnehmer aller Altersstufen zu fördern und zu nutzen. Durch das Schaffen altersgerechter Arbeitsplätze sollte ein Umfeld hergestellt werden, in dem sich Menschen wohlfühlen – was wiederum bedeutet, dass sie bessere Leistungen erbringen.

Wandel der Gesellschaft

Um mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen zu erreichen, wäre einer der dringlichsten Reformschritte, das Pensionsalter von Männern und Frauen vorzeitig anzugleichen. Errungenschaften wie die Witwenpension sind Lösungen für vergangene Lebensformen, Kindererziehungs- sowie Pflegezeiten sollten, wie der Präsenzdienst bei Männern, die einzigen anrechenbaren Ersatzzeiten sein. Bei Angleichung des Pensionsantrittsalters erhöhen sich klarerweise auch die Berufs- und Einkommenschancen für Frauen und die wohlbekannt Schere kann sich schneller schließen. Ungerechtigkeiten wurden bis dato oft durch einen früheren Pensionseintritt von Frauen ausgeglichen – für selbstbestimmte Frauen, die länger arbeiten wollen, ein Zeichen in die falsche Richtung.

Die Rolle des Mannes wandelt sich vom Familienerhalter zum gleichberechtigten Elternteil. Je mehr Teilhabe am Familienleben möglich ist, umso größer wird die Bereitschaft von Paaren sein,

mehr als nur ein Kind zu bekommen. Abgesehen vom persönlichen Glück des Einzelnen wirkt eine erhöhte Geburtenrate nämlich auch dem demoskopischen Wandel entgegen. Diesen nur über Migration ausgleichen zu wollen, was für viele ein Allheilmittel zu sein scheint, kann auf Dauer nicht funktionieren. Es ist festzustellen, dass kinderreiche Migranten sich innerhalb zweier Generationen an die Gepflogenheiten des neuen Heimatlandes angleichen und damit das Problem der Überalterung nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben wird.

Vielfalt der Talente fördern

Es ist eine Tatsache, dass wir nur durch Zuwanderung unseren derzeitigen Bevölkerungsstand halten können, und wir sollten uns Gedanken machen, wie Österreich ein attraktives Einwanderungsland wird. Die Rot-Weiß-Rot-Karte ist ein wichtiger Schritt in Richtung geregelte Zuwanderung und bedeutet einen Zugewinn für beide Seiten, denn Integration funktioniert nicht, wenn nur ein Teil profitiert. Wir müssen ein klares Bekenntnis zur gesellschaftlichen Offenheit abgeben, Leistung fördern und zugleich Pflichten einfordern.

Für die junge Generation muss es uns gelingen, deren Talente und Fähigkeiten optimal für die Gesellschaft und den Einzelnen zu nutzen. Durch eine Potenzialanalyse in der achten Schulstufe besteht langfristig die Chance, dass Invalidität, Burn-out und frühe Pension verhindert werden. Wer in einem Bereich arbeitet, der seinen Qualitäten entspricht, ist logischerweise motivierter als jemand, der praktisch in sein Arbeitsleben hineinstolpert. Im internationalen Wettbewerb können wir nur erfolgreich sein, wenn wir die Fähigkeiten der Jugend bestmöglich einsetzen und den Menschen damit wichtige Erfolgserlebnisse zukommen lassen.

Perspektiven der späten Jahre

Wenn wir alle, so Gott will, später als heute in Pension gehen, wird sich uns die Frage nach sinnvoller Gestaltung des Lebensabends stellen. Jeder will frisch und gesund sein, doch dazu bedarf es schon in jüngeren Jahren einiger Vorbereitungen. Geistige und körperliche Fitness sind kein Zufallsprodukt, sondern können durch lebenslanges Lernen, ausgewogene Ernährung und vernünftige Bewegung forciert werden. Es soll den Menschen keinesfalls Genuss in jeder Hinsicht vergällt werden, doch in unserer Überfluggesellschaft ist Maßhalten so etwas wie eine positive Fleißaufgabe. Geistige Herausforderungen, körperliche Betätigung, Muskeltraining und Bewegung mit Freude zählen zu jenen Faktoren, die Pflegeanfälligkeit drastisch reduzieren. Mobilität im Alter ist auch eine Frage des Wollens, denn es gibt zahlreiche Aufgaben, die sinnstiftend für das Allgemeinwohl sind, Spaß machen und zugleich die öffentliche Hand entlasten. Sei es Nachbarschaftshilfe, freiwillige Mitarbeit in Vereinen und Organisationen oder die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Beschäftigung schafft positive Perspektiven und verlangsamt den Alterungsprozess. Niemand will im Pflegeheim dahindämmern und auf fremde Hilfe angewiesen sein, daher sind ein Umdenken im Wohnen und Zusammenleben und die Wiederentdeckung des menschlichen Faktors im Lebensalltag gefragt. In Mehrgenerationsbauten könnten Lebensgefüge für Jung und Alt geschaffen werden, die den Bedürfnissen aller Bewohner entsprechen. Kommunikation zwischen den Generationen bedeutet gegenseitige Unterstützung und fördert ein Wir-Gefühl statt Isolation, die bekanntermaßen Gift für das seelische Wohl insbesondere älterer Menschen ist.

Glücksfall, nicht Katastrophe

All diese Reformen und Maßnahmen dienen dem Zweck, dass Menschen gerne länger arbeiten, eine bewusste Pension erleben und durch gemeinsame Anstrengungen die Finanzierung der staatlichen Pension auch in Zukunft gesichert ist. Natürlich

müssen sich auch Politik und Verwaltung am Schopf packen und durch Vereinfachungen der Systeme und den Abbau von Privilegien gleiche Chancen für alle schaffen. Unsere Kinder dürfen sich nicht im Stich gelassen fühlen als Generation, die für ihre Altvorderen gesorgt hat und selbst mit leeren Händen dasteht. Wenn die Jungen so zu denken beginnen, bedeutet dies die Auflösung des Generationenvertrags und führt schleichend zu einer massiven Entsolidarisierung. Daher ist die Erhaltung des Lebensstandards aller Beteiligten ein Ziel, das wir mit ganzer Kraft verfolgen müssen.

Der größte Fehler, den die Verantwortlichen beim Thema Pensionen machen können, ist nichts zu tun! Anstatt über Tatsachen zu jammern, sollten wir offen für neue Wege sein – dass wir alle älter werden, ist ja keine Katastrophe, sondern ein Glücksfall. In Zukunft werden wir uns darauf einstellen müssen, dass mehrere Generationen nebeneinander die Welt aktiv gestalten. Unsere Aufgabe besteht darin, Weichen zu stellen und Verhältnisse zu schaffen, damit die Pluralität der Generationen keine Vision bleibt, sondern Wirklichkeit wird.

Generationengerechtigkeit braucht Strukturreformen

Warum Sparen ohne Sozialabbau möglich ist

Therese Niss

Sowohl aus Sicht der Industrie als auch aus Sicht der Jugend ist das Konsolidierungspaket der Bundesregierung sicherlich nicht der Idealzustand – wir waren und sind überzeugt, dass die Budgetkonsolidierung in Österreich auch ohne neue oder höhere Steuern möglich gewesen wäre. Auch wenn man nur froh sein kann, dass einige der abstrusesten Steuer(wahn)ideen der Arbeitnehmerseite verhindert werden konnten, stellt das Gesamtpaket doch eine Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft dar. In gewisser Weise wurde damit wohl auch leider die große Chance vertan, die uns die Krise eröffnet hätte. Denn wann hätten die Bürgerinnen und Bürger wohl eher Verständnis für grundlegende, strukturelle Reformen gehabt als in den Jahren nach dem Ausbruch der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Moderne? Denn immerhin konnten und können wir in ganz Europa sehen, welche Gefahren eine zu hohe Verschuldung und veraltete Strukturen mit sich bringen.

Zudem zeigt ein Blick über die Grenzen deutlich, was unter dem Druck der vorhandenen Sparnotwendigkeiten alles möglich sein kann. Wer etwa hätte Italien nach den vielen Jahren des Stillstandes mutige Reformen im Bereich des Arbeitsmarktes zugetraut? Und Premierminister Mario Monti ist dennoch (oder gerade deswegen?) ungebrochen populär. Doch selbst innerhalb Österreichs gibt es entsprechende Beispiele: Wer hätte vor ein paar Jahren erwartet, dass ein sozialdemokratischer Landeshauptmann für einen gemeinsam mit der ÖVP getragenen Sparkurs den Applaus seiner Funktionäre bekommen würde? Die gemeinsame Sparanstrengung von SPÖ und ÖVP in der Steiermark zeigt zweierlei: Ist der Druck zum Sparen groß genug, klappt es ja doch auch in Österreich – und das sogar ohne den oft von der Politik gefürchteten sofortigen Popularitätsverlust.

Brauchen wir den Sozialabbau?

Dennoch machen manche gesellschaftliche Kräfte in Österreich ständig Druck gegen jegliche Versuche, die staatlichen Strukturen effizienter zu gestalten. Ärgerlich ist dabei, dass vor allem von der Arbeitnehmerseite gerne mit emotionalen Argumenten gearbeitet wird, die freilich jeglicher Grundlage entbehren. So wird insbesondere der Wirtschaft immer wieder vorgeworfen, es ginge uns ja nur um „Sozialabbau“ auf dem „Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“. Ein Vorwurf, der sicherlich den Zweck der Mobilisierung erfüllt, der aber als reiner Populismus aufs Schärfste zurückzuweisen ist.

Denn „Sozialabbau“ ist in Österreich noch nicht einmal notwendig! Wir verbrennen Jahr für Jahr Milliarden in ineffizienten Strukturen, vor allem in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Bildung und Verwaltung. Noch wären wir tatsächlich in der beneidenswerten Situation, dass wir langfristig allein mit strukturellen Maßnahmen viel Geld einsparen könnten – Geld, das uns derzeit bei den Zukunftsausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung fehlt. Das Problem dabei ist: Noch können wir es uns leisten, „nur“ effizienter zu werden. Was passiert, wenn der Druck der Schulden zu groß wird und ein Staat zu schmerzhaften Einsparungen im Sinne von Leistungsbeschneidungen gezwungen ist, sehen wir bei unseren südlichen Nachbarn in der EU.

Ist es sozial wünschenswert, wenn Pensionen und öffentliche Gehälter gekürzt werden müssen? Die Antwort auf diese Frage sollte für jeden auf der Hand liegen – und damit auch, dass gerade diejenigen, welche „das Soziale“ an die Spitze ihrer Agenda stellen, als Erste für mutige strukturelle Reformen in diesem Land eintreten müssten.

Verantwortung für morgen

In diesem Sinne wird die Notwendigkeit struktureller Reformen zu einer Frage der Gerechtigkeit, vor allem der Generationenge-

rechtigkeit. Denn wer kann sich schon wünschen, seine Kinder mit einer existenzbedrohenden Bürde ins Leben zu entlassen? Machen wir uns nichts vor: Irgendwer wird eines Tages unsere Schulden mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen. Es ist unverantwortlich und unfair, dass wir stets unsere Hausaufgaben nicht erledigen und weitere Schulden machen. Irgendwann werden die jüngeren Generationen diesen Schuldenrucksack nicht mehr tragen können bzw. wollen. Würden wir den aktuellen Trend beim Budget unverändert in die Zukunft fortschreiben, würden wir im Jahr 2060 bereits eine Staatsschuldenquote von 338 Prozent des BIP erreichen.

Viele Jüngere werden sich zu Recht fragen, warum sie überhaupt andauernd für die Fehler der Vergangenheit geradestehen sollen. Wie weit der diesbezügliche Vertrauensverlust der Jugend bereits geht, zeigen folgende Zahlen: Laut einer Umfrage des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend unter 14- bis 24-Jährigen glauben bereits 50 Prozent, dass sie gar keine staatliche Pension mehr bekommen werden. Erschreckende 65 Prozent gehen davon aus, dass die Pension, die sie einmal zu erwarten haben, wohl eher nicht ausreichen wird, um ihr Leben finanzieren zu können.

Sicherlich ist es übertrieben und auch nicht realistisch, dass die Jugendlichen einmal gar keine Pension bekommen werden: Aber diese Zahlen belegen doch recht deutlich, dass wir es hier mit einem veritablen Vertrauensverlust der Jugend gegenüber den staatlichen Strukturen zu tun haben. Wen wundert da noch die angebliche Politikverdrossenheit der Jüngeren?

Ende der Nabelschau

Wir sollten in Österreich angesichts dieser Entwicklungen dringend einen Blick über den Tellerrand werfen und unsere andauernde Nabelschau beenden. Ebenso wie es richtig ist, dass wir manche globale Herausforderungen längst nicht mehr als Land allein, sondern nur im größeren Rahmen des gemeinsamen Eu-

ropa lösen können, so sind wir prinzipiell auch so keine abgeschottete Insel der Seligen. Auch andere Länder schaffen es, das faktische Pensionsantrittsalter binnen weniger Jahre zu erhöhen, warum sollte das nicht auch in Österreich gehen? Warum kann Dänemark Gemeinden zusammenlegen, in Österreich scheint dies hingegen undenkbar?

Der Blick über die eigenen beschränkten Grenzen hinweg könnte uns hier deutlich zeigen, dass Sparen ohne Sozialabbau möglich ist, mehr noch: Dass man mit ordentlichen strukturellen Reformen die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum legen kann. Finnland hat die tiefe Krise der 1990er-Jahre dazu genutzt, die Staatsfinanzen auf neue Beine zu stellen. Heute gilt Finnland in vielen Bereichen als Vorbild.

Hier ist zu befürchten, dass sich das „window of opportunity“ für strukturelle Reformen in Österreich bereits geschlossen hat. 2013 wird der Nationalrat neu gewählt. Tatsächlich steckt die Politik rhetorisch bereits mitten im Wahlkampf.

Die Gefahr leichter Versprechen

Zumindest Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund scheinen sich ohnehin im Dauerwahlkampf zu befinden. Der effiziente Einsatz der Steuermittel wird dabei nicht groß geschrieben, stattdessen soll der Sozialstaat weiter ausgebaut werden – finanziert durch Steuern für die „Reichen“. Klingt gut, geschöpft werden ja nur „die da oben“, und alle anderen bekommen mehr. Ebenso ein „alter Hut“ ist die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Die „Segnungen“ der 35-Stunden-Woche hat Frankreich getestet und das Experiment de facto – wenn auch nicht de jure – wieder beendet. Vom Misserfolg dieses utopischen Versuches sollte man lernen.

Denn nicht vergessen: Wir sind nicht vom Rest der Welt abgekoppelt! Die Arbeitskosten in Österreich sind hoch, die Steuern- und Abgabenquote ist eine der höchsten weltweit. Noch

mehr Steuern, noch weniger Arbeit für gleiches Geld – in allen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit des Standortes haben wir in den letzten Jahren jetzt schon kontinuierlich Plätze verloren. Die heimischen Unternehmen wollen in Österreich bleiben – warum will man sie daran hindern, hierzulande Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten?

Denn eines ist klar: Würden AK und ÖGB sich eines Tages alle ihre Wünsche nach noch mehr Steuern und Belastungen und Zwangsregelungen erfüllen können, dann wäre dies der Beginn des Endes der bisherigen Erfolgsgeschichte Österreichs und unseres Wohlstandes. Gerade im Interesse ihrer Mitglieder sollten AK und ÖGB endlich eines deutlich erkennen: Schuldenmachen kann nicht sozial sein. Wer in Österreich sozial sein will, der tritt für strukturelle Reformen ein. Alles andere würde das Ende der Generationengerechtigkeit bedeuten.

Solidarität braucht Eigenverantwortung

Das Ende der sozialen Sicherungssysteme droht

Peter McDonald

Soziale Sicherheit ist in der Sozialen Marktwirtschaft ein wichtiger Wert. Im Gegensatz zu Wirtschafts- und Sozialordnungen in anderen Regionen der Welt, in denen es keine institutionellen Solidarsysteme gibt oder in denen weiter auf familiäre Solidarität vertraut wird, bildet die soziale Sicherheit im Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft eine fixe Größe.

Soziale Sicherheit stellt jedoch keinen isolierten Wert dar. In der Logik der Sozialen Marktwirtschaft ist sie Resultat wirtschaftlicher Freiheit und Leistungskraft. Denn die durch ein – im Idealfall – Höchstmaß an individueller Freiheit ermöglichte wirtschaftliche Leistungskraft ist via Steuern und Abgaben die finanzielle Quelle des Sozialstaates. Wer somit wirtschaftliche Freiheit einschränken will, der greift damit auch den Sozialstaat an. Diese Kausalität haben leider noch nicht alle verstanden, die unter dem Schlachtruf vermeintlicher Gerechtigkeit gleichzeitig mehr Sozialstaat und mehr Regulierung der Wirtschaft fordern.

Materielle und ideelle Voraussetzungen

Unsere Systeme der sozialen Sicherheit sind somit in mehrfacher Hinsicht voraussetzungsabhängig. So ist der Sozialstaat als Ganzes abhängig von der Leistungskraft unserer Wirtschaft. So ist das im Umlageverfahren organisierte Pensionssystem abhängig von einer ausgeglichenen demografischen Entwicklung bzw. von Maßnahmen, die Veränderungen in der demografischen Entwicklung Rechnung tragen. Ein Steigen der Lebenserwartung kann nicht ohne Konsequenzen für das faktische Pensionsantrittsalter bleiben. So ist auch das Gesundheitssystem von demografischer und medizinischer Entwicklung bzw. von Maßnahmen abhängig, die

demografische Veränderungen hin zu einer alternden Gesellschaft in ihren Auswirkungen auf das System kompensieren oder dämpfen. Aber das ist noch nicht alles. Unsere Solidarsysteme sind in hohem Maße abhängig von bestimmten Werthaltungen, die ihre Programmatik, aber auch ihre Nutzung prägen.

Solidarität als Verantwortungsverhältnis

Es macht einen grundlegenden Unterschied, ob man den Sozialstaat als Mittel zur Umverteilung ansieht und daher keinerlei Maßnahmen setzt, um Abhängigkeiten vom Sozialstaat zu verhindern, oder ob man den Sozialstaat als Sprungnetz sieht, das temporäre Unterstützung mit dem Ziel gibt, die Selbsterhaltungsfähigkeit des Einzelnen zu stärken und wieder herzustellen. Schließlich ist es eine wichtige Dimension von Solidarität, die Unterstützung der Gesellschaft nicht grundlos zu beanspruchen – im Gegenteil, ein solches Verhalten ist höchst unsozial. Dieser Aspekt von Solidarität ist leider in den Hintergrund der öffentlichen Debatte gerückt. Wir brauchen daher Solidarität mit jenen, die Hilfe benötigen, wir müssen aber auch die Solidarität mit jenen gewährleisten, die Hilfe geben. Die Solidarität geben, dürfen auch nicht überfordert werden. Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern ein gegenseitiges Verantwortungsverhältnis. Es braucht daher eine doppelte Solidarität.

Zahlen und Werte müssen stimmen

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, unsere Solidarsysteme finanziell und ideell fit für die Zukunft zu machen. Es geht nicht nur um schwarze Zahlen, sondern auch um richtige Werte. Dazwischen besteht oft ein enger Zusammenhang.

Ein beispielhaftes Handlungsfeld ist die Gesundheitspolitik. Die finanziellen Herausforderungen sind bekannt. Demografische Entwicklung, spitzenmedizinische Anforderungen sowie strukturelle und organisatorische Defizite stellen die Finanzierungsfähigkeit unserer Gesundheitssysteme auf den Prüfstand.

Die zentrale Frage ist: Wie sichern wir trotzdem die Zukunft einer solidarisch gesicherten Gesundheitsversorgung für alle? Meine Antwort darauf lautet: Indem wir nicht nur finanziell und strukturell, sondern auch ideell die richtigen Maßnahmen setzen. Indem wir aus Betroffenen Beteiligte machen. Indem wir Solidarität zwischen der Gemeinschaft und dem Einzelnen richtig – und daher wechselseitig – buchstabieren. Dabei zeigt sich: Mehr Solidarität für eine funktionierende Gesundheitsversorgung für alle erhalten bedingt ein Mehr an Eigenverantwortung.

Selbstkompetent auf eigene Stimme hören

Das notwendige Zusammenwirken von Solidarität und Eigenverantwortung im Bereich des Gesundheitssystems wird durch den Wertewandel unterstützt. Im Zuge der Freiheitsgewinne durch die Individualisierung ist auch die Selbstkompetenz der Menschen gestiegen. Wir kümmern uns mehr um unsere eigenen Belange, vor allem um unser Aussehen und unsere Gesundheit. Das zeigt sich deutlich, wenn man Vertreter der Generation 60plus vor zwei bis drei Jahrzehnten mit Vertretern der Generation 60plus von heute allein schon äußerlich vergleicht.

Das Bewusstsein dafür ist massiv gestiegen, dass man viel an seinem körperlichen Wohlbefinden verbessern kann und soll. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich auch ein Wandel im Gesundheitswesen ab. Wenngleich sich die traditionelle „Reparaturmedizin“ notwendigerweise stark weiterentwickelt (und im Bereich der Schönheitsindustrie seltsame Blüten treibt), ist zugleich das Interesse an gesundheitlicher Vorsorge deutlich gestiegen. Der Boom an Fitness-Angeboten und Wellness-Veranstaltungen ist, wie der Zukunftsforscher Matthias Horx diagnostiziert hat, Ausdruck emanzipatorischer Kompetenz von Menschen, auf die Stimme ihres Körpers zu hören und vorbeugend zu leben.

Selbständig Gesund

Mit der neuen Gesundheitssäule „Selbständig Gesund“ der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen nimmt sie diese Entwicklung auf – und ernst. Es repräsentiert ein vollkommen neues Anreizmodell im Gesundheitssystem, das praktizierte Eigenverantwortung im Interesse der Solidargemeinschaft gratifiziert. Dabei bleibt sichergestellt, dass sich im Krankheitsfall jeder auf die institutionell verbürgte Solidarität der Versicherungsgemeinschaft verlassen kann. Hier stellt die SVA die Versorgung ihrer Versicherten bestmöglich sicher. Die Solidarität der Versicherungsgemeinschaft, wenn etwa ein Mitglied der Gemeinschaft durch Krankheit in Not gerät, ist und bleibt eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig gibt es nunmehr Anreize für die aktive Mitwirkung der Versicherten zur Sicherung ihres Gesundheitszustandes. Das wiederum ist in hohem Maße auch im Interesse der Solidargemeinschaft.

Das freiwillige SVA-Vorsorgeprogramm „Selbständig Gesund“ soll Anstoß geben, motivieren und unterstützen, von mehr Gesundheit zu profitieren. Es ermöglicht jedem als Co-Produzent seiner eigenen Gesundheit, unter Anleitung seines Vertrauensarztes aktiv mitzuwirken. Dabei kommt diesem Reformmodell zugute, dass die Kunden der SVA als Selbstständige auch aus ihrem beruflichen Umfeld gewohnt sind, Verantwortung zu übernehmen. Sie managen schließlich aktiv ihre Betriebe. Dort, wo es möglich ist, schaffen wir Anreize, auch die eigene Gesundheit auf Basis eines „Businessplans für die eigene Gesundheit“ aktiv zu managen.

Klare Ziele

Fünf Parameter, die jedermann selbst beeinflussen kann, stehen im Mittelpunkt des neuen Systems: Blutdruck, Gewicht, Bewegung, Tabak und Alkohol. Im Rahmen eines Gesundheitschecks wird gemeinsam mit dem Haus- und Vertrauensarzt ein individuelles, auf jeden Einzelnen abgestimmtes Programm erarbeitet, das entweder „Gesundheit beibehalten“ oder „Gesundheit verbessern“ lautet.

Zu allen fünf Parametern bespricht der Arzt gemeinsam mit dem Patienten Gesundheitsziele, die auf den Erhalt oder eine Verbesserung der erhobenen Werte innerhalb eines bestimmten Zeitraumes abzielen. Gesundheitsziele können mehr Bewegung, eine Raucherentwöhnung oder eine blutdrucksenkende Lebensweise sein. Nach Ablauf des vereinbarten Zeitraumes findet ein Evaluierungsgespräch statt, bei dem überprüft wird, ob die Gesundheitsziele auch erreicht wurden.

Durch die eigene, aktive Teilnahme am Programm und die Erreichung der Gesundheitsziele wird nach sechs Monaten der Selbstbehalt um die Hälfte reduziert: Das ist der finanzielle Anreiz, den das neue System setzt. Neue Gesundheitsziele werden besprochen, die dann im Rahmen von zukünftigen Evaluierungsgesprächen überprüft werden. Sind alle Gesundheitsziele umgesetzt, ist die nächste Untersuchung – abhängig vom Alter – erst nach zwei bis drei Jahren fällig.

Wichtige Weichenstellung

„Selbständig Gesund“ steht als Modell für einen doppelten Paradigmenwechsel in unseren Solidarsystemen:

- Einerseits entwickeln wir unser Kranken(-Reparatur)-System tatsächlich zu einem Gesundheitssystem weiter. Denn bisher hat uns das Gesundheitssystem, in das wir in Österreich rund 30 Milliarden jährlich investieren, zwar Jahr für Jahr älter, aber nicht gesünder gemacht. Die Lebenserwartung in gesunden, beschwerdefreien Jahren liegt in Österreich bei unter 60 Jahren – und damit unter dem EU-Schnitt. Dies zeigt, dass es wichtig und richtig ist, unser Gesundheitssystem weiterzuentwickeln, um unser Ziel von einem gesunden, langen Leben zu erreichen. Auch in anderen Solidarsystemen ist ein solcher Paradigmenwechsel erforderlich – denken wir nur an die Verwaltung von Arbeitslosigkeit und an mangelnde arbeitsmarktpolitische Anreize, eine Beschäftigung aufzunehmen.

- Andererseits sehen wir unsere Versicherten nicht als defizitäre Klienten, sondern als aktive Partner zur Erreichung eines Ziels, das für das Individuum und die Solidargemeinschaft wichtig ist – nämlich mehr Gesundheit. Es ist ein grundlegendes Problem, dass der traditionelle Sozialstaat seine Kunden als defizitäre Wesen begreift, ohne ihre Potenziale ausreichend zu adressieren. Im Interesse der Solidargemeinschaft ist es aber auch in anderen Bereichen dringend geboten, Aktivität statt Abhängigkeit zu fordern und zu fördern.

Solidarität braucht Reformen

Unser Drängen auf Reformen und einen effizienten Umgang mit den Beitrags- und Steuermitteln im Gesundheitssystem ist alles andere als unsozial, sondern im zweifellosen Interesse der Solidargemeinschaft. Wir müssen die Finanzmittel im gesamten Gesundheitswesen deutlich effizienter einsetzen. Nur dann können wir jene Mittel frei machen, die in Prävention und Gesundheitsvorsorge investiert werden sollen. Gegenwärtig fließen von den Gesamtausgaben für Gesundheit in Österreich nicht einmal zwei Prozent in den Bereich Prävention – das ist weniger als die Hälfte dessen, was Deutschland für Krankheitsvermeidung aufbringt, und weniger, als im Durchschnitt von den europäischen Staaten investiert wird. Wir müssen mehr Mittel für die rechtzeitige Vorsorge und Erhaltung der Gesundheit zur Verfügung haben. Klar ist: Werden wir gesünder, kann auch das Gesundheitssystem gesunden und den sicheren Schutz der Solidargemeinschaft garantieren. Deshalb ist mehr aktive Eigenverantwortung unverzichtbar für sichere Solidarität.

Um zu verhindern, dass das Ende der sozialen Sicherungssysteme droht, müssen wir jetzt die Weichen in die richtige Richtung stellen: Wir müssen uns von der bisherigen Alimentierungspolitik verabschieden und klare Anreize für mehr Eigenverantwortung im Gesundheitssystem setzen. Das bringt nicht nur mehr Gesundheit, sondern auch mehr Freiheit.

Zu gut geschützt

Über falsch verstandene Solidarität, Inklusion und Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung

Franz-Joseph Huainigg

Über Gerechtigkeit lässt sich trefflich streiten. Jeder will sie, jeder versteht etwas anderes darunter. Notwendig wäre meiner Meinung nach eine Leistungsgerechtigkeit. Christlich-soziale Werte sind ein Bekenntnis zu Solidarität, Freiheit, Verantwortung, Sicherheit und auch zu Leistung. Leistungsgerechtigkeit gehört aus meiner Sicht zur obersten Prioritätsstufe des politischen Handelns. Was vor allem heißt, dass man behinderten Menschen etwas zutrauen muss.

Bis Ende 2011 gab es für behinderte Menschen den sogenannten „besonderen Kündigungsschutz“, der dazu führte, dass viele Unternehmen davor zurückschreckten, einen behinderten Menschen zu beschäftigen. Vor allem bestand die Angst, dass man den/die behinderte/n Arbeitnehmer/in nicht mehr los wird, wenn er/sie nicht in das Unternehmen passt. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Nach jahrelanger Diskussion gibt es seit 1. Jänner 2012 eine neue Regelung: Der „besondere Kündigungsschutz“ wird zwar nicht aufgelöst, aber für die ersten vier Jahre nach Neueinstellung ausgesetzt. Das ist ein guter Kompromiss, da sich Arbeitnehmer/in und Unternehmer in dieser Zeit gut kennenlernen. Nun liegt der Ball bei den Firmen, behinderten Menschen eine faire Chance auf einen Job zu geben.

Wider die Almosenpolitik

Ein anderes Beispiel für falsch verstandene Solidarität in Richtung Almosenpolitik war die ORF-Gebührenbefreiung von behinderten Menschen. Bis 2003 war generell jeder behinderte und pflegebedürftige Mensch von der Fernsehgebühr befreit, egal welches Einkommen er oder sie hatte. Das hatte aber auch zur

Folge, dass der ORF sehr wenig für den barrierefreien Zugang des Mediums tat. Das Argument war: Behinderte Menschen sind nicht unsere Kunden, sie sind ja gebührenbefreit. 2003 wurde die Gebührenbefreiung für hohe Einkommen aufgehoben. Ich kann mich noch gut an die Diskussion und die Argumente der SPÖ gegen diese Maßnahme erinnern. Es hieß: „Lassen wir den behinderten Menschen doch das Fernsehen, sie haben ja sonst nichts im Leben“. Ich wehrte mich vehement gegen diese Almosenpolitik, denn es geht um die gleichberechtigte Teilhabe am Leben, um Inklusion, und nicht darum, dass behinderte Menschen zu Hause vom Fernseher unterhalten werden. Die Aufhebung der generellen Gebührenbefreiung hatte auch zur Folge, dass der ORF sich der neuen Kunden annehmen musste. Seither steigt die Quote der Sendungsuntertitelungen stark an, es gibt Audiodeskriptionshilfen und Gebärdensprache im ORF. Falsch verstandene Solidarität heißt geringere Eintrittsgebühren in ein Museum, aber dafür ist für behinderte Menschen nur ein Teil zugänglich. Wirkliche Solidarität heißt gleich hohe Eintrittsgebühren, aber völlige Barrierefreiheit. Das muss das Ziel der Behindertenpolitik sein.

Leben in einer Leistungsgesellschaft

Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Viele Menschen fühlen sich von den Anforderungen und Erwartungen überfordert. Behinderte Menschen relativieren oft gesellschaftliche Wertungen und Erwartungen und stellen Werte wie schön, stark, schnell infrage. Gerade bei der Geburt eines behinderten Kindes kommt der gesellschaftliche Druck auf Eltern zum Tragen. Ich setze mich deshalb uneingeschränkt für die Unterstützung von Familien mit behinderten Kindern ein. Das Recht auf Leben behinderter Menschen darf nicht infrage gestellt werden. Sie sind ein wichtiges Korrektiv in einer Gesellschaft, in der alles und jeder scheinbar reibungslos zu funktionieren hat.

In den vergangenen Jahren haben mehrere OGH-Urteile in Österreich den Eltern behinderter Kinder Schadenersatz für die

gesamte Lebensexistenz des Kindes zugesprochen. Der Hintergrund: Wenn Ärzte im Rahmen der Pränataldiagnostik die Behinderung eines Kindes nicht erkennen, können sie von den Eltern auf Schadenersatz geklagt werden. Voraussetzung ist, dass die Eltern argumentieren, sie hätten eine Abtreibung vorgenommen, wenn sie von der Behinderung gewusst hätten. Die eugenische Indikation stellt in Österreich eine Ausnahme zur Fristenregelung dar: Bei Verdacht auf eine schwere Behinderung können Kinder bis kurz vor der Geburt abgetrieben werden – eine klare Diskriminierung und Ungleichbehandlung von behinderten und nicht behinderten Kindern! In Zusammenschau mit den beschriebenen OGH-Urteilen entsteht eine untragbare Wertung menschlichen Lebens – denn mit den gesamten Unterhaltskosten wird auch das Leben des Kindes zum Schaden erklärt. Neben der gesellschaftspolitischen Wertung stellt es für Eltern einen zweifelhaften Vorteil dar, wenn sie finanzielle Unterstützung aufgrund der Behauptung erhalten, sie hätten ihr Kind abgetrieben. Zusätzlich werden Ärzte unter Druck gesetzt und raten schon beim geringsten Verdacht zur Abtreibung, um Schadenersatzklagen auszuweichen.

Diese Situation gilt es in Österreich zu ändern! Für Eltern behinderter Kinder braucht es mehr Unterstützung. Diese Solidarität ist gefordert, und nicht die falsch verstandene Solidarität, behinderte Kinder zu selektieren und zu vermeiden.

Leistungsgerechtigkeit, die ich meine

Leistungsgerechtigkeit bedeutet für mich: Jede/r soll etwas beitragen – und zwar so, wie er/sie es kann. Dies setzt voraus, dass jeder Mensch entsprechend seiner Fähigkeiten gefordert und gefördert wird. Die Potenziale sind zu stärken, nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern auch im Interesse unserer Gesellschaft, für die wir unser Wissen und Können, unsere Fähigkeiten einsetzen. Wir müssen akzeptieren, dass Menschen mit Behinderungen heute gänzlich andere Wege beschreiten als noch vor einigen Jahrzehnten. Weil viele behinderte Menschen heute bes-

ser ausgebildet sind, nehmen sie oft auch einen anderen Platz in der Gesellschaft ein und sind damit besser in der Lage, Verantwortung zu übernehmen.

Leistung ist zu Unrecht zum Unwort geworden. Denn mit dem Anspruch, dass jeder Mensch entsprechend seinen Möglichkeiten etwas für die Gesellschaft beitragen soll, löst sich das klassische Rollenschema von Leistungsträgern und Leistungsempfängern auf. Wir müssen auf eine Gesellschaft zustreben, in der alle Leistungsträger sind. Jeder übernimmt Verantwortung – für sich selbst, aber auch für einen Teil der Gesellschaft, im Rahmen seiner Möglichkeiten. Bildung ist dabei das Sprungbrett und entscheidet darüber, welchen Platz wir in der Gesellschaft einnehmen und welchen Beitrag wir leisten können.

Eines der zentralen Anliegen muss daher die Fortführung der schulischen Integration nach der neunten Schulstufe sein. Kürzlich wurde die Ausweitung der schulischen Integration auf Polytechnische Schulen und einjährige Haushaltungsschulen beschlossen. Das ist ein wichtiger Schritt, muss aber künftig auch für berufsbildende mittlere Schulen und in Folge für höhere Schulen gelten. Das Recht auf inklusiven Unterricht ist auch nach der neunten Schulstufe gesetzlich zu verankern! Im Bereich der Lehramtsausbildung muss sichergestellt werden, dass jede/r Lehrer/in Grundkenntnisse im Bereich der inklusiven Pädagogik erhält, um in einer Integrationsklasse unterrichten zu können.

Inklusion muss vor Exklusion stehen. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen legt diese politische Zielsetzung richtungweisend fest. Wissenschaftliche Studien belegen klar, dass sich für behinderte Kinder, die inklusiv beschult werden, mehr Chancen und Möglichkeiten eröffnen. Die spätere Integration in die Gesellschaft wird erleichtert, ebenso der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Kinder hingegen, die einen Sonderschulabschluss vorweisen, werden schon beim Berufseinstieg massiv benachteiligt.

In Österreich gibt es derzeit rund 27.000 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Hälfte dieser Kinder besucht eine Sonderschule, die andere Hälfte eine Integrationsklasse in einer Regelschule. Damit werden die ohnehin knappen Ressourcen in diesem Bereich auf zwei unterschiedliche Systeme aufgeteilt, die in Folge über Mangelfinanzierung klagen – ein Problem, unter dem letztlich auch die Qualität in beiden Bereichen leidet.

Die Frage ist, ob wir uns in Zukunft zwei Systeme leisten wollen oder ob wir in Zeiten der Budgetknappheit die Ressourcen bündeln und einen Bereich ordentlich ausbauen. Ich spreche mich ganz klar für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern aus. Auch aus persönlicher Erfahrung weiß ich, wie wichtig die schulische Inklusion ist, um nicht im gesellschaftlichen Abseits zu landen.

Das System Sonderschule hat sich aus meiner Sicht überholt. Die Forderung nach der Abschaffung von Sonderschulen ist keinesfalls eine Geringschätzung der Arbeit von Sonderschullehrer/-innen. Ganz im Gegenteil – hier wird wertvolle Arbeit geleistet, die wir auch in Zukunft benötigen. Dann allerdings in Regelschulen, wo die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes im Mittelpunkt steht.

Vom Recht, etwas leisten zu dürfen

Warum soll etwa ein Lehrer im Rollstuhl nicht möglich sein? Auch ein blinder Lehrer oder eine blinde Richterin sollte Realität werden. In Großbritannien gab es sogar einen blinden Minister. In Deutschland gibt es über 80 blinde Richter/innen. Können die sich kein objektives Bild von Recht und Unrecht machen? Es gilt, die Barrieren in den Köpfen abzubauen. Wir müssen behinderte Menschen etwas leisten lassen, anstatt sie in die Invaliditätspension zu schicken.

2006 wurde im Parlament das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz beschlossen. Gleichzeitig wurden die Berufszugangsbeschränkungen in allen Dienstrechten für behinderte Menschen geöffnet. Die sogenannte „körperliche Eignung“, die bislang immer als Hindernisgrund für Anstellungen oder Ausbildungen angeführt worden ist, wurde durch „persönliche Eignung“ ersetzt. Auf dem Papier gibt es diese Diskriminierungen nicht mehr. Die Praxis sieht allerdings anders aus: Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) hat 2007 über eine Verordnung die körperliche Eignung sinngemäß wieder als Aufnahmekriterium für die Pädagogischen Hochschulen erlassen. Eine neue Recherche zeigte, dass alle Pädagogischen Hochschulen in Österreich Aufnahmebeschränkungen für behinderte Studentinnen und Studenten haben. Was spricht aber gegen eine Lehrerin, die körperlich behindert ist? Selbst ein gehörloser Lehrer kann gehörlose Kinder in der Gebärdensprache unterrichten. Das ist nicht nur eine Bereicherung für gehörlose Kinder, sondern gibt ihnen gleichzeitig hohe Motivation für ihren Bildungs- und Werdegang.

Eine blinde Richterin gibt es in Österreich auch nach wie vor nicht. Die Vorarlbergerin Barbara Tschann wollte 2006 nach Abschluss ihres Jus-Studiums Richterin werden. Sie sagt heute, dass man sie bei der Justiz gegen Mauern rennen ließ. In der ZIB 2 vom 21. Oktober 2011 meinte der Präsident der Wiener Rechtsanwaltskammer, Michael Auer, dass blinde Richter/innen die Körpersprache nicht erkennen könnten, was sie für den Beruf ungeeignet machen würde. Barbara Tschann entgegnete im selben Beitrag: Sie könne Körpersprache sehr wohl deuten und unterschiedliche Atemfrequenzen erkennen, weil sie es schon ihr Leben lang so macht. An Beispielen wie solchen zeigt sich: Es braucht Leistungsgerechtigkeit und solidarische Empathie, hierin sind wir alle gefordert!

Gemeinsam Europa

Tatsachen sollten eine Solidarität der Tat schaffen

Othmar Karas

Am 9. Mai 1950, fast auf den Tag genau fünf Jahre nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands und somit dem Ende des wohl dunkelsten Kapitels in der Geschichte Europas, hat Robert Schuman, damaliger Außenminister Frankreichs und einer der Gründerväter der heutigen EU, in seiner Erklärung zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unter anderem gesagt:

„Europa lässt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“

Damit wurde der Begriff „Solidarität“ zu einem der Grundgedanken und Grundpfeiler der Europäischen Union, der auch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union fest verankert ist. Die EU ist eine solidarische Gemeinschaft. Solidarität setzt Respekt voreinander, Rücksichtnahme aufeinander und die Bereitschaft zum Miteinander voraus. So wurde in diesem Sinne auch damals die Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Die Europäische Union von heute fördert sowohl die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung als auch deren Zusammenhalt. Sie geht auf die Unterschiede ein und übt damit Solidarität. Jährlich werden zum Beispiel 346 Milliarden Euro an Kohäsionsfondsmitteln verteilt.

Fast vor 20 Jahren haben sich die Bürgerinnen und Bürger mit überwältigender Mehrheit dafür entschieden, dass unser Österreich Teil der Europäischen Union, Teil eines neuen und fortschrittlichen Europa werden soll. Mit dem EU-Beitritt von zwölf

mittel- und osteuropäischen Ländern rückte Österreich vom geografischen Rand ins Zentrum des europäischen Kontinents. Die EU ist in der Lage, Grenzen zu überschreiten, alte Rivalitäten zu beseitigen und die Spaltung Europas endgültig zu überwinden. Gerade unsere älteren Mitbürger, die Kriege und die gewaltsame Trennung Europas hautnah miterlebt haben, können ermessen und verstehen, was die Erweiterung(en) für den Frieden, die Sicherheit und den Wohlstand in Europa heute bedeuten.

Seit unserem EU-Beitritt 1995 ist das Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts um rund 4,5 Prozent gestiegen. Rund 75.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Die ausländischen Direktinvestitionen legten um das Dreifache zu. Österreich konnte in weiterer Folge seinen Export mehr als verdoppeln. Ebenso positiv und dynamisch entwickelten sich die Handelsbeziehungen mit den zehn EU-Staaten der Erweiterungsrunde von 2004. Lag der österreichische Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern vor zehn Jahren noch bei 10 Prozent des gesamten Exportvolumens, so stieg dieser Anteil auf etwa 17 Prozent.

Auch wenn im Moment der Euro von vielen Seiten heftig kritisiert wird, so hat er uns in der Krise als umfassender Schutzschild gedient. Allein durch die gemeinsame Währung erspart sich Österreich jährlich mehr als 300 Millionen Euro an Wechselkurskosten. Diese Fakten schaffen die in der Vergangenheit so oft in den Medien geführte „Nettozahlerdebatte“ ab, denn trotz Griechenland- und Irlandhilfe ergeben nur diese wenigen Beispiele einen positiven Saldo für Österreich. Der positive Effekt des EU-Binnenmarktes macht jeden „Nettozahler“ zum Nettoempfänger. Aber hat eine Gemeinschaft nur dann einen Wert, wenn sie sich rechnet? Die EU ist nicht nur eine wirtschaftliche und politische Vereinigung. Sie ist viel mehr! Sie ist auch eine starke Wertegemeinschaft.

Solidargemeinschaft Europa

Gerechtigkeit und Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Europäische Union sind miteinander eng verwoben, ja oft voneinander abhängig. Warum sollen wir uns mit der EU verbunden fühlen? Wegen der inakzeptablen (Fehl-)Entwicklungen, der traurigen Wirklichkeiten sowie der globalen Herausforderungen, mit denen wir aktuell konfrontiert sind: Die verheerende Finanz- und Wirtschaftskrise. Die öffentlichen Defizite. Sozialkrisen. Ungleichgewichte innerhalb von Staaten und Kontinenten sowie zwischen diesen. Armut, Arbeitslosigkeit, Natur- und Umweltkatastrophen – um die größten Probleme zu nennen.

Die Europäische Union ist eine Solidaritätsgemeinschaft und jeder trägt seinen Teil dazu bei. Wir können kritische Situationen nur überstehen, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Ein Alleingang in solchen Zeiten wäre fatal und unüberlegt. Taten der Solidarität setzen aber politischen Willen und gegenseitiges Vertrauen innerhalb der Union voraus. Die besten Beispiele finden wir in den Bemühungen bei der Umsetzung des Euro-Schutzschirms und bei der gemeinsamen Unterstützung Griechenlands bei seinen Reformprozessen.

Wir können es uns nicht leisten, gegen den Grundsatz „pacta sunt servanda“ zu verstoßen und nationale Egoisten zu verfolgen. Wer das europäische Vertrauen missbraucht, handelt unsolidarisch und verhält sich gegenüber seinen Partnern unverantwortlich. Gelingt es uns als Gemeinschaft nicht, die Probleme Griechenlands zu lösen, haben wir unsere Aufgabe verfehlt. Griechenland braucht unsere Unterstützung, muss aber im Gegenzug echten Reformwillen zeigen. Ohne den Willen, die Reformbereitschaft und die Einsicht der Griechen – nicht nur der griechischen Bevölkerung –, dass sie/wir die Ärmel aufkrempeln müssen, wird es nicht gehen. Sonst bröckelt die Solidargemeinschaft und das europäische Erfolgsprojekt gerät ins Wanken und wir müssen uns selber hinterfragen.

Die Probleme Griechenlands sind nicht neu. Das Land hat seit Jahren keine positive Außenhandelsbilanz, aber dennoch eines der höchsten Verteidigungsbudgets der EU. Der Verwaltungsapparat ist aufgebläht, das Justizwesen arbeitet langsam, der Fiskus bedarf einer umfassenden Reform, es gibt Milliarden an Staatsschulden und die Steuerflucht ins Ausland ist gang und gäbe. Wie man sieht, bestehen viele Herausforderungen. Doch die EU wird es schaffen, als Gemeinschaft die Probleme zu bewältigen und Griechenland, dessen Defizit zwei Prozent des Wohlstands der Eurozone ausmacht, helfen zu können. So haben die USA ein Vielfaches unserer Schulden aufgetürmt. Nur dort spricht niemand davon, dass das hoch verschuldete Kalifornien den Dollar aufgeben sollte. Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone hilft gleichermaßen weder den Griechen noch der EU. Im Gegenteil: Es würde sogar die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in Europa schwächen. Dasselbe gilt für einen Staatsbankrott. Das Land fallen zu lassen käme die Gemeinschaft viel teurer, als es zu sanieren. Aber auch hier gilt das Gleiche, wie bereits erwähnt: Muss sich die Lösung rechnen, um gewollt zu sein? Geht es nicht auch um den politischen, den gemeinschaftlichen Wert der EU?

Eine Staatsschuldenkrise

Die jetzige Krise ist keine Eurokrise, sondern eine Staatsschuldenkrise, die damit begonnen hat, dass 2003 der deutsche Bundeskanzler Schröder und der französische Präsident Chirac den Euro-Stabilitätspakt gebrochen haben. Damit war die Büchse der Pandora geöffnet. Was wir jetzt brauchen, ist nicht nur gemeinsames Geld, sondern auch eine Politische Union mit gemeinsamer Wirtschafts-, Sozial-, Budget- und Steuerpolitik. All das wurde bei der Einführung des Euro verabsäumt. Der Euro hat seine erste Bewährungsprobe bestanden, die Politik aber noch nicht. Die Politik muss endlich die ganze politische Verantwortung für die gemeinsame Währung übernehmen und die Vereinigten Staaten von Europa für sich denken.

Europa ist verbunden durch unsere gemeinsamen Werte: Friede und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Soziale Marktwirtschaft und Solidarität, Verantwortung füreinander und Respekt. In der Welt des 21. Jahrhunderts können wir diese Werte nur gemeinsam umsetzen und leben. Deswegen ist die europäische Einigung keine Frage der politischen Notwendigkeit, sondern eine Frage unserer aller Vernunft. Es muss unser Ziel sein, die europäischen Werte über unsere Grenzen hinaus in die Welt zu exportieren. In solchen unsicheren Zeiten wird die EU mehr denn je ein Stabilitätsanker in einer sich rasant ändernden Welt sein. Und wenn die Völker Europas solidarisch handeln, sich als große europäische Familie begreifen, wird Europa erfolgreich sein – nach innen wie nach außen!

Den Europäischen Weg weitergehen

Der Weg aus der Krise geht über das Denken der Integration hinaus. Wir sind in der Phase der Europäisierung. Je enger wir zusammenrücken, desto besser sind wir gegen kommende Krisen abgesichert. Aus der Erfahrung wissen wir, dass Einzelkämpfer leichter verwundet werden. Wenn wir jetzt auseinanderdriften, haben die Kritiker der Gemeinschaft gewonnen.

Die EU war die erfolgreiche Gegenbewegung auf die Erfahrungen zweier blutiger Weltkriege und Bürgerkriege. Die Begründer der europäischen Bewegung hatten die Idee eines gemeinsamen und starken Europa. Vor den Hintergründen der nationalen Exzesse und wirtschaftlichen Pleiten war der Wille einer Einigung ein Sieg der Vernunft und des Willens der europäischen Völker. Die EU ist heute Europas Antwort auf die Globalisierung und die Lehren aus der Krise. Es ist unsere Aufgabe, Europa weiterzuentwickeln, wettbewerbsfähiger zu machen, Wachstum und Beschäftigung zu schaffen – zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Ich weiß, dass die Europäische Union nicht fehlerlos ist. Aber sie ist heute mehr als jemals zuvor ohne Alternative. Daher müssen wir gemeinsam den Europäischen Weg unbeirrt weitergehen.

Lehrmeister für nachhaltige Balance

Josef Riegler über die Ökosoziale Marktwirtschaft und generationenübergreifende Solidarität

Der ursprüngliche Beruf – Lehrer – hat Spuren hinterlassen, die sich bis heute durchziehen, meint Josef Riegler. „Mir geht es immer darum, Informationen aufzubereiten und zu vermitteln, und sehr sachorientiert zu arbeiten.“ In seinen ersten Berufsjahren nutzte er die Kleinheit der Strukturen für eine Praxisorientierung, die in den 1960er-Jahren eher ungewöhnlich war: „Ich habe in den Ferien versucht, den familiären Hintergrund der Schüler persönlich kennenzulernen, und sie bei ihren Familien in den Ferien auf ihren Höfen besucht. So konnte ich in meinen Fächern Betriebswirtschaft und Buchhaltung mit Beispielen arbeiten. Außerdem habe ich versucht, umfassende Erlebnisse zu vermitteln, etwa durch die Organisation von Ausstellungen.“

Auch jetzt – im Ökosozialen Forum Europa und bei der Initiative für einen Global Marshall Plan – geht es Riegler um die Aufbereitung von Informationen, um Überzeugungsarbeit. Gesellschaftspolitisch unterscheidet er zwischen horizontaler Solidarität innerhalb der bestehenden Gesellschaft und vertikaler zwischen den Generationen. Als wichtigste Probleme ortet er Schulden, Altersversorgung, Finanzierung und – vor allem – die ökologische Entwicklung. Die Generation, die derzeit ihren Ruhestand genießt, zeichne sich durch besonderen Egoismus aus, meint der Großvater von mittlerweile sechs Enkelkindern: „Durch unser heutiges Verhalten werden künftige Generationen auf brutale Weise in ihren Zukunftschancen geschmälert.“

Die Grenzen in Europa überwunden

Rückblende: In seiner Solidarität persönlich gefordert wird er im Revolutionsjahr 1968 in seiner Zweitfunktion als Generalsekre-

tär der Katholischen Aktion in der Steiermark, als er während des „Prager Frühlings“ den Kontakt mit katholischen Aktivisten in der Tschechoslowakei sucht und sie besucht. „Wir haben vor allem bei Publikationen unterstützt. Am 1. Mai – noch unter Alexander Dubček – sind noch Pfadfinder als Signal für die Freiheit mitmarschiert.“ Nachdem im August die Sowjets einmarschierten und das Regime änderten, konnte Riegler mit Freunden einige Aktivisten finanziell und ideell weiter unterstützen. 1981 ein ähnliches Bild in Polen: Durch die Niederschlagung der Solidarność-Bewegung verloren er und seine Mitstreiter einige Partnerschaftsprojekte. Als steirischer Bauernbund-Direktor initiierte er danach die Aktion „Steirische Bauern für Bauern in Polen“: Alte Maschinen, die von Bauern kamen, wurden von Schülern landwirtschaftlicher Schulen repariert und an Bauern in der Region Krakau mit der Auflage gegeben, diese gemeinschaftlich zu nutzen. Der Kreis dieser persönlichen Entwicklung schließt sich, als er 1989 als Vizekanzler die Spitzenvertreter des demokratischen Polen besucht. So viel zur Solidarität mit Menschen, die in Osteuropa in politischer Unfreiheit lebten.

Die Grenzen des Wachstums erlebt

Eine absolute Zäsur für viele politisch Tätige war der Bericht zu den „Grenzen des Wachstums“ von Dennis Meadows an den Club of Rome 1972, der Landwirtschaft und Umwelt umfassend thematisierte. Auch Josef Riegler wurde davon geprägt. Seinen politischen Stil beschreibt er als sehr methodisch und inhaltsorientiert, so habe er zuerst ein Ziel, danach die Strategie formuliert und daraus die Schritte zur Umsetzung abgeleitet. Als Umweltlandesrat in der Steiermark startete er Anfang der 1980er-Jahre das Projekt „Lebenschancen im ländlichen Raum“ für die Landwirtschaft. Diese Zeit war durch die Konfrontation mit dem Thema Umweltschutz und dem Zustand von Industrie und Energiewirtschaft geprägt: „Es folgten Reparaturstrategien bei Abwasserentsorgung und Luftemissionen in der Papier-/Zelluloseindustrie, der Eisen- und Stahlerzeugung und bei kalorischen Kraftwerken. Dabei ist uns klar geworden, dass man

Anliegen des vorsorgenden Umweltschutzes in die Betriebswirtschaft integrieren muss.“ Die Themen „Kostenwahrheit“ und „Verursacherprinzip“ lagen auf dem Tisch.

Ökosoziale Marktwirtschaft für Solidarität und Wandel

Schwierig war auch die Lage, die er 1987 als neuer Landwirtschaftsminister vorfand: „Wir hatten eine verfahrenere Situation – einerseits mit Überschussproduktion, andererseits Importflanken, hohe Kosten für die Bewältigung der Überschüsse und den Konflikt von landwirtschaftlicher Produktion und der Situation der Umwelt. Also haben wir die wirtschaftlichen Signale verändert und damit etwas bewirkt: Durch Anreizsysteme, Förderungen, Preissignale für Alternativprodukte. Innerhalb von nur zwei Jahren schafften wir den Wandel.“ In seiner Antrittsrede als Landwirtschaftsminister erklärte er:

„Den Weg zu einer Neuorientierung der Agrarpolitik sehen wir für Österreich in einer ökosozialen Landwirtschaft, die ihre gesamtgesellschaftlichen Ziele durch eine ökonomisch leistungsfähige, ökologisch verantwortungsvolle und sozial orientierte bäuerliche Landwirtschaft erreicht. (...) Der Bauer als moderner Unternehmer, als Anbieter begehrter Dienstleistungen und als Hüter der Umwelt.“

Damit prägte Riegler einen Begriff, den er später zur Ökosozialen Marktwirtschaft ausbaute und sein Markenzeichen wurde. Heute sieht er die Welt mit einer Vielfach-Krise aus der Überfischung und Verschmutzung der Ozeane, Zerstörung fruchtbarer Böden, Landraub, Wassermangel, Klimawandel, der Kluft zwischen Arm und Reich, kriminellen Kräften und einem nicht mehr steuerbaren globalen Finanzsystem konfrontiert: „Ein möglicher sozialer und wirtschaftlicher Zusammenbruch ist kurzfristig wahrscheinlicher zu befürchten; dafür haben wir höhere Chancen, ihn zu bewältigen. Dagegen könnte mittelfristig ein ökologischer Zusammenbruch erfolgen, bei dem kein Gegensteuern mehr möglich sein könnte.“ Dem gegenüber steht eine Politik, die sich im

Dilemma der und in der Geiselhaft von Besitzstandswahrern befindet, was die Entwicklung neuer Strukturen verhindert: „Die Politik muss den Konflikt und die Veränderung wagen. In Europa gelingt das Modell der Balance von Wirtschaft, Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit derzeit am besten, muss sich aber auch weiterentwickeln. Europa muss aber eigenständiger und stärker werden, sich auf Erfahrungen stärker besinnen und seine Chancen pointierter wahrnehmen. Heute stehen dringender denn je die Konflikte über CO₂ als Verursacher des Klimawandels an, und das lokal wie global. Die Reduktion muss rasch und umfassend erfolgen.“ Die Lösung könnte in fairen Entwicklungschancen für alle durch einen „Global Marshall Plan“ und in der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft liegen.

Die Vielfach-Krise von unten überwinden

„Als Optimist bin ich daher weiter engagiert, aber die Dramatik nimmt zu. Der Bewusstseins- und Verhaltenswandel ist jetzt angelegt; wahrscheinlich folgen Politik und Wirtschaft diesem Bewusstseinswandel. Da die Politik keine Führungsrolle einnimmt, braucht es die Impulse aus der Zivilgesellschaft und vielen kleinen Initiativen“, meint Riegler und nennt als Beispiel die Einzelinitiativen aus den 1980er-Jahren, die die Entwicklung alternativer Heizsysteme ins Rollen brachten. „Hoffentlich ist die menschliche Intelligenz zu Entwicklungen fähig, die wir noch nicht kennen.“

Den Heimatlosen Heimat geben

Cecily Corti über Solidarität in Privatinitiative und die
Verantwortung des Staates

Durch Lebenserfahrung kam die heute 72-jährige Cecily Corti zu ihrer jetzigen Aufgabe als stille Helferin und Leiterin der VinziRast. Gesellschaftliches Engagement war ihr seit Jugendtagen wichtig – etwa Anfang der 1960er-Jahre durch ihr Engagement bei der Europäischen Föderalistischen Partei Österreichs von Otto Molden oder die Mitarbeit bei den Internationalen Hochschulwochen der österreichischen College (dem Vorläufer des heutigen Europäischen Forum Alpbach). Dort lernte sie auch ihren Mann Axel Corti kennen, mit dem sie 30 Jahre lang verheiratet war und der 1993 verstarb.

Der berühmte Spruch von Mahatma Gandhi „Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt“ hat sie nachhaltig begleitet: Eigentlich im Ruhestand, hätte sie weiterhin als Therapeutin arbeiten können. Aber ihre Sehnsucht nach einer anderen Welt, ihr Glaube an Menschlichkeit und Zivilcourage und ihr Wille zu gestalten ließen sie nicht zur Ruhe kommen. So hat sie ihre Aufgabe gefunden. Über Georg Sporschill kam sie im Jahr 2002 in Kontakt mit dem Grazer Pfarrer Wolfgang Pucher, der sich für Wien ein VinziDorf wie in Graz wünschte. Ganz spontan entschied sie, sich dafür einzusetzen, „mit ganzer Kraft, mit Hirn und Herz“, unvorbereitet, ohne Managementenerfahrung. „Ich war im Leben immer wieder mit Extremsituationen konfrontiert, die alle übernommenen Grundsätze von Erziehung, Tradition und Religion infrage stellten. Die gemeisterten Krisen bewirkten schließlich ein bedingungsloses Ja zum Leben. Aber wie bleibe ich lebendig – bis zum letzten Atemzug?“ Dafür findet Cecily Corti in ihrer Initiative VinziRast eine Antwort – um es mit Albert Schweitzer zu sagen – „ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will.“

Der Start: Spontan und ohne Berührungsängste

Corti über ihre Motivation: „Wenn wir eine gerechtere Welt wollen, dann müssen wir zuerst lernen, anders miteinander umzugehen. Ich glaube nicht an neue Systeme, an eine neue Ideologie. Ich will die Welt da retten, wo ich selbst anpacken kann, wo ich im täglichen Miteinander etwas bewirken kann.“ Sicher hätten viele gedacht, sie wäre „wieder so ein Gutmensch ohne Ahnung von der Umsetzung.“ Es habe sie gereizt, sich dem Unbekannten zu stellen, ohne Voreingenommenheit, aber mit Offenheit und Vertrauen in den Augenblick. „Nutze das, was Du hast, und tue, was Du in diesem Augenblick tun kannst“ – ein Übungsansatz, den sie von Bernard Glassmann, einem bekannten Zen-Meister, übernommen hat. Sie war und ist überzeugt, dass Menschlichkeit und Wertschätzung auch scheinbar völlig Gescheiterten unseres Gesellschaftssystems eine Chance zur Wiedereingliederung bieten.

Aus der ursprünglichen Idee eines „VinziDorfs“ wie in Graz wurde 2003 die „Vinzenzgemeinschaft St. Stephan“ als Verein mit ihr als Obfrau gegründet und im April 2004 die Notschlafstelle VinziRast eröffnet. Unter den Mitstreitern befand sich von Anfang an auch der Unternehmer Michael Gröller, der den Kauf des Hauses in der Wilhelmstraße im 12. Bezirk ermöglichte. Mit Unterstützung von Hans-Peter Haselsteiner wurde 2008 das Haus total saniert und um zwei Stockwerke erweitert.

Flexibel, niederschwellig und persönlich

Heute verfügt das VinziRast-CortiHaus Wien über 24 Stockbetten in der Notschlafstelle, 16 Übergangswohnungen mit 29 Wohnplätzen und eine betreute Wohngemeinschaft für abstinent lebende Alkoholranke. Jede Nacht können bis zu 60 Menschen aufgenommen werden – sie erhalten ein warmes Bett und werden mit Abendessen und Frühstück verpflegt. Sie erhalten frische Kleidung und können ihre Wäsche waschen. Die Gäste der VinziRast sind höchst unterschiedlich: Sie sind obdachlos,

kommen aus der Schubhaft, aus dem Gefängnis, aus Österreich sowie aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland. Männer, Frauen, Paare, auch Hunde werden aufgenommen. Jede/r kann kommen, solange sie/er sich an die Regeln hält: Verboten sind Gewalt, Spritzen und Rauchen im Schlafräum (wegen der Gefährdung der anderen). „Wir nehmen jeden einzelnen Menschen ernst, Respekt sowie bedingungslose Akzeptanz sind uns wichtig. Daraus kann eine Atmosphäre der Wärme und Geborgenheit entstehen. Ich kann mit dem Begriff der Barmherzigkeit wenig anfangen. Für mich ist das so, als würden wir uns auf verschiedenen Ebenen bewegen und zum anderen herunterbeugen.“

Die Gäste bleiben vier Wochen bis sechs Monate, einige sind auch Jahre in der Notschlafstelle. Weil sich die private Initiative ohne öffentliche Gelder, also ausschließlich durch Spenden finanziert, kann sie spontan und flexibel agieren.

Management: Zuhören und gemeinsam entscheiden

Der Weg zur unerwarteten Entwicklung und Vergrößerung klingt im Nachhinein einfach: „Vielleicht war es wirklich nur meine Entschlossenheit, das zu tun, was zu tun ist. Ich habe angefangen, Briefe zu schreiben, nach einem TV-Bericht haben sich Leute gemeldet, aus zufälligen Begegnungen wurden sehr engagierte Mitstreiter. Und natürlich gilt es wachsam zu sein, offen für die Freude und das Leid des anderen Menschen.“ Jede Woche macht Corti meist selbst zwei Nachtdienste in der VinziRast – gemeinsam mit zahlreichen freiwilligen Helfern. Die Arbeitstage bestehen aus „vielen Telefonaten, der Zusammenarbeit im Leitungsteam und dem Kontakt mit Mitarbeitern, Gästen und Sponsoren“. Nach ihrem Führungsstil befragt, meint sie: „Mir geht es ganz stark um Partizipation, um die Einbeziehung von jenen, die eine andere Meinung, eine andere Lösung eines Problems vertreten. Wir wollen auch der Minderheit Raum geben, sie zu Wort kommen lassen und dann die Entscheidungen im Team treffen. Wir lernen täglich voneinander und aneinander.“

Starkes spirituelles Fundament

Auf die Frage, was von ihrem Denken und Tun durch die Zen-Praxis und was christlich geprägt sei, meint sie etwas scherzhaft: „Mir gefällt der Satz, das Christentum weiß, worum es geht, und der Buddhismus, wie man da hinkommt.“ Für sie war es wichtig, über Meditation zu sich selbst zu kommen, sich zu sammeln auf das Wesentliche, die Verbundenheit mit allen Lebewesen zu erfahren. Die „Sünde der Distanz“, eine Formulierung von Pfarrer Pucher, habe sie nachhaltig beeindruckt.

Cecily Corti glaubt an die Kraft von Privatinitiativen, auch in Bezug auf die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft: „Der Staat hat die Verantwortung, die Lust und Freude für Eigenverantwortung beim Einzelnen zu fördern. Dies ist eine wichtige Aufgabe.“ In der Kurzfassung heißt das einfach so, wie sie es in ihrer Rede anlässlich der Auszeichnung mit dem Goldenen Verdienstzeichen für Verdienste um die Republik Österreich im Jahr 2010 formulierte: „Der Staat kann und muss immer noch mehr tun, aber er kann nicht lieben. Dafür sind wir Menschen da.“ Ganz in diesem Sinne findet sich auf der Website www.vinzirast.at auch der Aufruf: „Jeder kann was tun. Wir gehören alle zusammen.“



Autorenporträts & Interviewpartner

Elisabeth Anselm

Elisabeth Anselm ist Geschäftsführerin im Hilfswerk Österreich. Zuvor absolvierte sie eine betriebswirtschaftliche Ausbildung und war in der Privatwirtschaft tätig. Sie war für die Konzeption und Organisation einer Reihe internationaler Symposien mit Schwerpunkt Demokratieentwicklung, Wirtschafts- und Sozialpolitik verantwortlich und ist Autorin zahlreicher Publikationen in diesen Themenfeldern.

Cecily Corti

Cecily Corti wurde in Wien geboren und verbrachte ihre Kindheit in der Krain, im heutigen Slowenien. Nach der Matura in Salzburg folgten mehrere Auslandsaufenthalte in Großbritannien und Frankreich. 1963 lernte sie als Mitarbeiterin bei den Internationalen Hochschulwochen ihren späteren Mann, den Journalisten, Dramaturgen und Regisseur Axel Corti kennen. Die Mutter von drei Söhnen absolvierte Mitte der 1980er-Jahre verschiedene Therapieausbildungen (nach Karlfried Graf Dürkheim) und arbeitete als Therapeutin. Nach ihrem Einsatz für ein Frauenhaus in Paris stieß sie 2002 auf Pfarrer Pucher und initiierte das Projekt Vinzi-Rast.

Franz-Joseph Huainigg

Abg.z.NR Dr. Franz-Joseph Huainigg wurde am 16. Juni 1966 in Paternion/Kärnten geboren und ist seit einer Impfung im Babyalter gelähmt. Nach seinem Studium der Germanistik und Medienkommunikation arbeitete er als Medienpädagoge im BMUKK. Sein besonderes Engagement galt schon immer den Interessen behinderter Menschen. Als Gründer und Leiter der Arbeitsgruppe „Behinderte Menschen und Medien“ initiierte er u.a. den „Inte-

grativen Journalismuslehrgang“, bei dem behinderte und nicht behinderte InteressentInnen gemeinsam zu JournalistInnen ausgebildet werden. Als Kinderbuchautor und Kabarettist versucht er auf humorvolle Art und Weise, die Menschen mit dem Thema Behinderung vertraut zu machen, um die Barrieren in den Köpfen der Menschen abzubauen. Im November 2002 zog Franz-Joseph Huainigg in den Nationalrat ein, wurde Sprecher für Menschen mit Behinderung im ÖVP-Parlamentsklub und vertritt als Selbstbetroffener die Interessen von Menschen mit Behinderung.

Othmar Karas

MEP Mag. Othmar Karas, M.B.L.-HSG, war von 1983 bis 1990 Abgeordneter zum Nationalrat und von 1995 bis 1999 Generalsekretär der ÖVP. Seit 1999 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und seit Jänner 2012 auch als Vizepräsident des Europäischen Parlaments unter anderem für die Kommunikations- und Informationspolitik zuständig. Darüber hinaus zeichnet er für die Beziehungen zu den Vereinten Nationen, G-20 sowie Weltbank und IWF verantwortlich.

Peter Lehner

Peter Lehner ist Stadtrat für Wirtschaft und Stadtentwicklung in Wels. Als ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft Österreich nehmen die Themen Pensionen und Generationengerechtigkeit einen besonderen Stellenwert in der politischen Arbeit des Unternehmers und Familienvaters ein. Peter Lehner ist darüber hinaus Erster Obmann-Stellvertreter in der österreichischen Pensionsversicherungsanstalt (PVA).

Harald Mahrer

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er zählt zu den führenden Kommunikations- und Politikstrategen Mitteleuropas, forscht aktiv im Bereich Erneuerung der Demokratie und ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank demokratie.morgen und das METIS Institut für ökonomische und politische Forschung.

Peter McDonald

Mag. Peter McDonald ist Direktor im Österreichischen Wirtschaftsbund. Seit 2011 ist der sozial- und gesundheitspolitische Experte des Wirtschaftsbundes geschäftsführender Obmann der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. 2011 wurde der 38-jährige Oberösterreicher auch einstimmig zum stv. Vorsitzenden der Trägerkonferenz im Hauptverband und somit in die Spitze der österreichischen Sozialversicherungsträger gewählt. Unter dem Leitsatz „Solidarität bedingt Eigenverantwortung“ entwickelt er in der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft neue gesundheitspolitische Ansätze, die für ein modernes und nachhaltig finanzierbares Gesundheitssystem stehen.

Therese Niss

Dr. Therese Niss, MBA, ist geschäftsführende Gesellschafterin der High Tech Coatings GmbH, einem Tochterunternehmen der Miba AG, und seit 2009 Bundesvorsitzende der Jungen Industrie. Niss hat Rechtswissenschaften an der Universität Wien und International Economics and European Studies an der John Hopkins University in Bologna studiert. Darüber hinaus absolvierte sie den Bilingual Master of Business Administration an der IESE Business School in Barcelona.

Josef Riegler

DI Dr. h.c. Josef Riegler begann seine Karriere im Jahr 1965 als Lehrer an einer landwirtschaftlichen Fachschule, war danach u.a. Direktor des Steirischen sowie des Österreichischen Bauernbundes, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und von 1989 bis 1991 Vizekanzler der Republik Österreich. Danach gründete er 1991 das Ökosoziale Forum Österreich, dessen Ehrenpräsident er heute ist. Gemeinsam mit Franz Josef Radermacher rief er die Initiative „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ ins Leben, wo er heute als Österreich-Koordinator wirkt.

Clemens Sedmak

Univ.-Prof. DDDr. Clemens Sedmak ist Inhaber des F.D. Maurice Lehrstuhls für Sozialethik am King's College London und Gastprofessor an der Universität Salzburg, an der er auch das Zentrum für Ethik und Armutforschung leitet. Daneben ist Sedmak Präsident des Internationalen Forschungszentrums für soziale und ethische Fragen. Sedmak ist Autor von mehr als 20 Büchern. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Armutforschung, Wirtschafts- und Führungsethik und Theorien des guten Lebens.

Peter Ulram

Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram ist Geschäftsführer der ECOQUEST Market Research & Consulting GmbH und Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte, sowohl im wissenschaftlichen Bereich als auch in der Markt- und Meinungsforschung (bis 2011 bei GfK Austria), sind politischer und sozialer Wandel, Wahl- und Parteienforschung, europäische Integration, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Orientierungen sowie Demokratisierung im internationalen Vergleich. Ulram ist Herausgeber und Autor zahlreicher Bücher und Fachartikel sowie von Essays und Kommentaren in österreichischen Qualitätsmedien („Die Presse“, „Der Standard“, „profil“).



Dr. Harald Mahrer

Die Soziale Marktwirtschaft zeigt, warum es Solidarität ohne Leistung nicht geben kann: Ein größtmögliches Maß an Freiheit ermöglicht jene wirtschaftliche Leistungskraft, aus deren Erträgen auch Leistungen der sozialen Sicherheit mitfinanziert werden. Richtig verstandene Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wem geholfen wird, der muss auch einmal selbst zur Hilfeleistung bereit sein. Solidarität ist auch mit den künftigen Generationen geboten. Es ist unsolidarisch, die Schulden für einen überdehnten Sozialstaat oder auch ökologische Schulden künftigen Generationen zu überantworten.